



MAX-PLANCK-INSTITUT FÜR GESELLSCHAFTSFORSCHUNG
MAX PLANCK INSTITUTE FOR THE STUDY OF SOCIETIES



SCHWERPUNKT

Politik und Legitimation

In Zeiten der Krise rückt auch die Frage nach der Legitimation politischen Handelns stärker in den Vordergrund. In Deutschland sind 60 Millionen Bürgerinnen und Bürger verschiedenster Herkunft, Bildungsniveaus und politischer Gesinnungen wahlberechtigt. Aber spiegelt sich diese Vielfalt der deutschen Bevölkerung tatsächlich auch in der Zusammensetzung des Parlaments? Gleichzeitig beobachten wir, dass sich die Entscheidungsgewalt in wichtigen Politikbereichen in der Europäischen Union zunehmend auf demokratisch nicht legitimierte Institutionen verlagert: EZB, Europäische Kommission und Europäischer Gerichtshof. Kann ein gestärktes Europa-Parlament zukünftig zum zentralen Ort europäischer Willensbildung werden? → 08

■ STANDPUNKT

- Die Habermas-Streeck-Kontroverse 02
- Die Euro-Rettung als Demokratieproblem 03

■ PRESSESCHAU

- Wissenschaftler des MPIfG in den Medien 05

SCHWERPUNKT

■ AUS DER FORSCHUNG

- Die Akademikerrepublik: Kein Platz für Arbeiter und Geringgebildete im Bundestag? (A. Schäfer) 08

■ GASTKOMMENTAR

- Rolf Mützenich 14

■ INTERVIEW

- Feldforschung auf illegalen Märkten 16

■ FORSCHERPORTRAIT

- Olivier Godechot 21

■ NACHRICHTEN

- Francesco Boldizzoni ist Scholar in Residence 2013/14 26

■ NEUERSCHEINUNGEN

- Bücher, Journal Articles, Discussion Papers 29

■ VERANSTALTUNGEN

- Konferenzberichte und Vorschau 32

■ Impressum

37

STANDPUNKT :

Europa-Debatte

Die Habermas-Streeck-Kontroverse



Akademische Debatten über die europäische Integration überschreiten nur selten öffentliche Wahrnehmungsschwellen. Jüngst aber hat Wolfgang Streecks Buch „Gekaufte Zeit“ (Suhrkamp 2013) eine Kontroverse über die Reformierbarkeit der Europäischen Union ausgelöst, die in der Qualitätspresse und zahlreichen Internetblogs nachvollzogen und kommentiert wurde. Geführt wurde die Debatte in der politischen Monatszeitschrift „Blätter für deutsche und internationale Politik“. Streecks

Kontrahent war kein geringerer als Jürgen Habermas, der mit seiner „Theorie des kommunikativen Handelns“ seit den Sechzigerjahren die Kritische Theorie der Frankfurter Schule revitalisierte und der in zahlreichen Veröffentlichungen für eine Vertiefung der europäischen Integration streitet.

Der Reiz des Schlagabtauschs ergibt sich nicht zuletzt daraus, dass der Philosoph Habermas und der Soziologe Streeck in ihren normativen Grundüberzeugungen nicht weit auseinanderliegen. Beide verbindet die Einsicht, dass kapitalistische Wirtschaftssysteme der Bändigung durch eine handlungsfähige Politik bedürfen, um sozial akzeptable Ergebnisse hervorzubringen. Und beide sprechen der Europäischen Union in ihrer gegenwärtigen Verfassung eine allenfalls geringe Demokratiequalität zu. Mit ähnlicher Stoßrichtung wie Streeck kritisiert Habermas die europäische „Fassadendemokratie“ und bemängelt in der Vergangenheit vollzogene „technokratische Weichenstellungen“ der europäischen Politik, die nicht leicht zu korrigieren seien. Kurz, beiden sind sowohl der Hang der EU zur wirtschaftlichen Liberalisierung als auch die Macht von Europäischer Zentralbank, Europäischer Kommission und Europäischem Gerichtshof ein Dorn im Auge.

Und doch gelangen beide zu ganz unterschiedlichen Einschätzungen, wenn es um die Potenziale einer demokratisierten und gegenüber den Märkten handlungsfähigen EU geht. Habermas hält das europäische Demokratiedefizit für im Prinzip durch politisch-institutionelle Reformen behebbar und gründet seine Hoffnungen auf ein gestärktes Europäisches Parlament, das zum zentralen Ort europäischer Willensbildung werden und Kommission und Rat gleichberechtigt zur Seite gestellt werden sollte. Streeck widerspricht: Angesichts tief greifender Unterschiede der nationalen Wohlstandsniveaus, Institutionen und politischer sowie kultureller Traditionen werde auch ein gestärktes Europäisches Parlament nicht in der Lage sein, so anspruchsvolle Projekte wie eine europäische Sozialpolitik voranzubringen und die von Brüssel und Frankfurt entfachte Wucht der Liberalisierung zu stoppen. Daher plädiert er für ein Europa auf dem Integrationsniveau unterhalb des Bundesstaats und für ein europäisches Währungsregime, das schwächeren europäischen Volkswirtschaften die Möglichkeit von Abwertungen als Puffer eröffnet. Dem entgegnet Habermas, dass die nationale Verwurzelung der Identitäten der europäischen Bürgerinnen und Bürger nicht das letzte Wort sein muss. Schon heute, so Habermas, seien die Europäer sowohl Bürger ihrer Mitgliedstaaten als auch Unionsbürger. Und so seien auch die innereuropäischen Interessengegensätze letztlich überbrückbar.

STANDPUNKT :

Die Habermas-Streeck-Debatte zeigt eindrucksvoll, dass auch anspruchsvolle und voraussetzungsreiche wissenschaftliche Debatten aus den akademischen Elfenbeintürmen ausbrechen können. Die Lektüre der in den „Blättern für deutsche und internationale Politik“ geführten Kontroverse kann nur nachdrücklich empfohlen werden.

Martin Höpner

Die Euro-Rettung als Demokratieproblem

Fritz W. Scharpf über das europäische Demokratiedefizit und die „Euro-Falle“

Die Euro-Krise als historische Chance auf ein demokratisches Europa? Fritz W. Scharpf, langjähriger Direktor und Emeritus des MPIfG, hält solche Hoffnungen – wie sie etwa der Sozialphilosoph Jürgen Habermas hegt – für verfehlt. In seinem Beitrag „Die Euro-Rettung als Demokratieproblem“ in *der moderne staat* erläutert er das Dilemma der Euro-Rettungspolitik, das einen für alle beteiligten Länder zufriedenstellenden Ausweg aus der Krise unmöglich macht. Dabei gibt Scharpf auch Antworten auf die Frage nach den eigentlichen Ursachen der Euro-Krise, die gerade nicht, wie der derzeitige politische Diskurs nahelegt, in der unverantwortlichen Verschuldungspolitik der Krisenländer, sondern in der Währungsunion selbst zu suchen sind.



Für die EU-Bürger war das inputorientierte europäische Demokratiedefizit – also die fehlende Einbeziehung der Regierten in Entscheidungsprozesse – lange kaum zu spüren. Doch mit der Euro-Krise und den massiven Eingriffen der europäischen Politik in das Leben von Millionen Menschen wird die mangelnde Legitimation deutlich sichtbar. Weder die Europäische Zentralbank (EZB) noch die Europäische Kommission sind demokratisch verantwortlich, und Entscheidungen des Europäischen Rates oder des ECOFIN-Rates erscheinen aus Sicht der Bürger der Krisenländer als nicht legitimierte Herrschaft fremder Regierungen. Daher werden die Rufe nach mehr Demokratie und nach einer die Bürgerinnen und Bürger einbeziehenden Auseinandersetzung über Inhalt und Zukunft europäischer Politik immer lauter. Während manche Autoren und Politiker darin die Chance des Durchbruchs zu einer demokratisch legitimierten Europäischen Union sehen, warnt Scharpf – obwohl aus demokratietheoretischer Perspektive nichts für das gegenwärtige Euro-Regime spricht – vor dem Versuch, es über die Politisierung der Europawahl 2014 stürzen zu wollen.

Das Hindernis sieht er in den Politikoptionen, über die in einem europaweiten Wahlkampf gestritten werden müsste. Die gegenwärtige Euro-Rettungspolitik will die durch die Währungsunion verzerrten Leistungsbilanzen und Wettbewerbsbedingungen durch Sparauflagen und interne Abwertung, das heißt durch sinkende Nominallöhne in den Krisenländern, wiederherstellen. Die Folgen sind allerdings Massenarbeitslosigkeit, rapide steigende Armut

STANDPUNKT :

und das Risiko sozialer und politischer Desintegration. Eine solidarisch-keynesianische Rettungspolitik dagegen, wie sie in den Defizitländern und von der europäischen Linken gefordert wird, könnte der sozialen Krise vorbeugen. Sie müsste aber von den Steuerzahlern der Überschussländer finanziert werden. Und in den Defizitländern könnten langfristige ökonomische Stagnation und dauerhafte Abhängigkeit von externen Transfers die Folge sein.

Beide Optionen sind in ihren ökonomischen und sozialen Auswirkungen unsicher und höchst unbefriedigend, aber ihre transnationale Verteilungswirkung wäre eindeutig, konträr und maximal konflikträchtig. In einem europaweiten Wahlkampf könnten die Optionen und Folgen der Europapolitik nicht ebenso ignoriert werden wie bei der letzten Bundestagswahl. Und wenn dabei die jeweiligen Verlierer mobilisiert werden, wäre der für die europäische Politik notwendige breite Konsens gewiss nicht zu erreichen. Stattdessen könnten die eskalierenden Konflikte die Handlungsfähigkeit der europäischen Politik vollends lähmen.

Alexandra Hees

Zum Weiterlesen

Streeck, W.:

Auf den Ruinen der Alten Welt. Von der Demokratie zur Marktgesellschaft. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 12, 61–72 (2012).

Streeck, W.:

Was nun, Europa? Kapitalismus ohne Demokratie oder Demokratie ohne Kapitalismus. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 4, 57–68 (2013).

Habermas, J.:

Demokratie oder Kapitalismus? Vom Elend der nationalstaatlichen Fragmentierung in einer kapitalistisch integrierten Weltgesellschaft. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 5, 59–70 (2013).

Kirchner, T.:

Deutsche Kritik an Merkels Europapolitik: Einzelkämpfer gegen den Kurs der Kanzlerin. In: Süddeutsche Zeitung online, 11. September 2013. <http://tinyurl.com/scharpf-sz>

Scharpf, F. W.:

Die Euro-Rettung als Demokratieproblem. In: der moderne Staat 6(2), 279–288 (2013).

Streeck, W.:

Vom DM-Nationalismus zum Euro-Patriotismus? Eine Replik auf Jürgen Habermas. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 9, 75–92 (2013).

Assheuer, T.:

„Monströses Gebilde“. Keine Debatte um Europa? Von wegen. Wolfgang Streeck attackiert Jürgen Habermas. In: DIE ZEIT online, 29.8.2013. <http://tinyurl.com/ZEITStreeckHabermas>

Scharpf, F. W.:

Political Legitimacy in a Non-optimal Currency Area. MPIFG Discussion Paper 13/15. Köln, Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung 2013. www.mpifg.de/pu/mpifg_dp/dp13-15.pdf

PRESSESCHAU :

Wissenschaftler des MPIfG in den Medien



Armin Schäfer

Deutschland, die Zwei-Klassen-Demokratie

Spiegel Online | 11.12.2013

Das Ergebnis der am 12. Dezember 2013 veröffentlichten Bertelsmann-Studie „Prekäre Wahlen“ fällt deutlich aus: Während Wohlhabende die Demokratie mitgestalten, koppeln sich die Ärmere zunehmend ab. MPIfG-Wissenschaftler Armin Schäfer und Infratest dimap haben 28 deutsche Großstädte und weitere 640 Stimmbezirke für ihre Studie untersucht: „Die Demokratie in Deutschland ist in eine Schieflage geraten. Die Wahlmüdigkeit wird zum doppelten Problem: Nicht nur gehen zu wenige Menschen wählen, auch wird das Spektrum der vertretenen sozialen Schichten kleiner.“

● <http://tinyurl.com/SchaeferBertStiSpiegelOnl>

Armin Schäfer

Demokratie der Besserverdienenden

Süddeutsche Zeitung | 11.12.2013

Die Süddeutsche Zeitung befindetet, dass die Erkenntnisse von MPIfG-Wissenschaftler Armin Schäfer und Kollegen „möglicherweise nicht wirklich erstaunlich, wohl aber erschreckend sind“.

● <http://tinyurl.com/SchaeferBertStiSZ>

Wolfgang Streeck

Demokratie als störendes Beiwerk?

Börsen-Zeitung | 06.12.2013

Stephan Lorz von der Börsen-Zeitung meint, MPIfG-Direktor Wolfgang Streeck liege mit seiner Kritik an der europäischen Währungsunion – Streeck nennt sie einen „demokratiefreien Einheitsmarktstaat“ – „gar nicht so falsch“. Das zeige auch das Bundesverfassungsgericht, wenn es den deutschen Gesetzgeber immer wieder dazu zwingt, den in der Finanz- und Schuldenkrise geübten „Exekutivföderalismus“ zurückzuschrauben und das deutsche Parlament stärker in die Entscheidungen einzubeziehen.

Aidan Regan

The “One Size Fits All” Approach Risks Intensifying Europe’s North-South Divide

policy-network.net Opinion | 18.11.2013

The focus of adjustment to the crisis has been on structural reforms of Southern labour markets. Yet in the Northern economies, one of the core factors explaining their economic success is coordinated collective bargaining and high levels of investment in research, training and education. Can a narrow focus on labour market liberalization really improve the economic and employment performance of weaker member states?

● <http://tinyurl.com/regan-policynetwork>

Matias Dewey

Finanzhaie an der Drogenbörse: Oder wie illegale Märkte funktionieren

Deutschlandfunk Studiozeit | 14.11.2013

Märkte sind ein zentraler Bestandteil wirtschaftssoziologischer Forschung. Stillschweigend gehen viele Analysen von legalen Märkten aus. Illegale Märkte, Drogen oder gefälschte Kleidung, bleiben ausgeklammert. Matias Dewey vom MPIfG hat den Markt „La Salada“ in Buenos Aires erforscht.

● <http://tinyurl.com/dewey-dlf>

PRESSESCHAU :

Philip Mader

Scheitern auf Raten

MaxPlanckForschung | 15.10.2013

Im Rahmen der internationalen Ausweitung von Finanzmärkten hatten Mikrokredite die Hoffnung geweckt, die Armut im „globalen Süden“ einzudämmen und Frauen zu emanzipieren. Doch leider ist keine positive Wirkung der Mikrofinanz nachzuweisen, im Gegenteil: Die Disziplinierung der Armen und die Abschöpfung von Mehrwert haben zugenommen. Philip Mader erklärt, warum wir nicht mit mehr Schulden mehr soziale Gerechtigkeit schaffen werden.

● <http://tinyurl.com/mader-mpg>

Philip Mader

2. Oktober 1983: Muhammad Yunus gründet Bank für Mikrokredite in Bangladesch

WDR 5 ZeitZeichen | 02.10.2013

Armut verhindert Frieden – so die Begründung des Nobelpreiskomitees, das Mohammad Yunus im Jahr 2006 den Friedensnobelpreis verlieh. Als „Banker der Armen“ wollte er mit seiner Idee des Mikrokreditwesens Hilfe zur Selbsthilfe für Menschen schaffen, denen aufgrund fehlender Sicherheiten keinerlei Kredite eingeräumt wurden. Im ZeitZeichen anlässlich des dreißigjährigen Bestehens der Grameen-Bank bezweifelt MPIfG-Wissenschaftler Philip Mader das: „Die Wissenschaft hat bis heute keine stichhaltigen Beweise der Armutslinderung durch Mikrofinanz liefern können.“

● <http://tinyurl.com/mader-wdr5>

Wolfgang Streeck

Warum tranken die Pferde nicht?

Frankfurter Allgemeine Zeitung | 25.09.2013

Wolfgang Streecks „Gekaufte Zeit“ über die Krise des demokratischen Kapitalismus ist das Buch zum politischen Streit um den Euro – eine Kritik von Christoph Deutschmann.

● <http://tinyurl.com/deutschmann-faz>

Jens Beckert und Jörg Rössel

Der teure Wein muss nicht der bessere sein

Saarbrücker Zeitung/Pfälzischer Merkur | 20.09.2013

Neben bezahlbaren Weinen werden auf dem Weinmarkt in Deutschland edle Tropfen angeboten, die vor allem als Statussymbole für den Weinkeller gedacht sind. Doch diese Weine müssen nicht unbedingt die besseren sein, zeigt eine Untersuchung von MPIfG-Direktor Jens Beckert und Jörg Rössel von der Universität Zürich.

● <http://tinyurl.com/beckert-saarbrueck-zeitung>

Armin Schäfer

Ob man zur Wahl geht, ist stark schichtbezogen

Nordwest-Zeitung | 18.09.2013

MPIfG-Wissenschaftler Armin Schäfer erklärt im Interview, warum Menschen auf ihr Wahlrecht verzichten, beschreibt, wer besonders selten zur Wahl geht, und versucht, eine Prognose zur Wahlbeteiligung zu geben.

Armin Schäfer

Die Abgehängten

Spiegel online | 16.09.2013

„Es gilt ohne Ausnahme: Je ärmer ein Stadtteil, desto geringer fällt die Wahlbeteiligung aus“, sagt MPIfG-Wissenschaftler Armin Schäfer, nachdem er die Ergebnisse der Bundestagswahl 2009 von 1.500 Stadtteilen in 34 Großstädten analysiert hat. Das heißt: In sozialen Brennpunkten gehen oft nur halb so viele Menschen zur Wahl wie in bürgerlichen Vierteln. Die Armen werden dadurch unterrepräsentiert, auch weil sie enttäuscht und gleichgültig sind und sich vom politischen Prozess immer mehr abkoppeln.

● <http://tinyurl.com/schaefer-spiegel2>

Dominic Akyel

Weg vom Friedhofszwang – Wie verändert sich unsere Bestattungskultur?

Deutschlandfunk Länderzeit | 21.08.2013

Für viele Deutsche hat das klassische Familiengrab ausgedient: Die Pflege ist zu intensiv und die Kosten zu

PRESSESCHAU :

hoch. Stattdessen suchen immer mehr Menschen nach Alternativen für ihren letzten Ruheort. Und finden ihn beispielsweise in einem Friedwald oder bei einer anonymen Urnenbestattung. MPIfG-Wissenschaftler Dominic Akyel und weitere Gesprächsteilnehmer diskutieren in der Länderzeit über Veränderungen in unserer Bestattungskultur.

● <http://tinyurl.com/akyel-dlf>

Wolfgang Streeck

Ein Unrecht, das gewollt ist

Saarbrücker Zeitung | 20.08.2013

Auch fünf Jahre nach dem Platzen der US-Immobilienblase und deren verheerenden Folgen für die Weltwirtschaft besteht kein Grund zur Entwarnung. Das System wankt. Warum? Wolfgang Streecks „Gekaufte Zeit“ liefert nach Christoph Schreiner „erhellende Antworten“ und zeigt, dass „Finanzhaie die westlichen Demokratien längst im Griff halten“.

● <http://tinyurl.com/streeck-saarbruecker-zeitung>

Colin Crouch

Die deutsche Wahl entscheidet über Europas Sozialdemokratie

Die Zeit online | 15.08.2013

„Es geht darum, dass die Sozialdemokratie ihre Vision wiederentdeckt, dass man durch Regulierung, Steuern, die Bereitstellung öffentlicher Dienste, die Interessenvertretung der sozial Schwachen und eine starke Arbeitnehmervertretung den Kapitalismus und den Markt nutzt.“ Colin Crouch, Auswärtiges Wissenschaftliches Mitglied des MPIfG und einer der scharfsinnigsten Kritiker des Neoliberalismus, spricht im Interview über die Zukunft der Sozialdemokratie.

● <http://tinyurl.com/crouch-zeit>

Wolfgang Streeck

„Die Einigung Europas ist dramatisch gescheitert“

Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung | 11.08.2013

Im Interview mit Ralph Bollmann und Rainer Hank spricht MPIfG-Direktor Wolfgang Streeck über die

Renditegier der Kapitalisten, linke Euro-Träumer und warum Märkte immer versagen. Als „Schlüsselerlebnis“ bezeichnet er dabei die Finanzkrise von 2008 als „plötzlich nichts mehr sicher war: Staaten, Sozialsysteme, Währungen“. Keiner könne sagen, warum die Märkte nicht schon bald wieder versagen sollten.

Colin Crouch

Ja, wo laufen sie denn, die Sozialdemokraten?

Berliner Zeitung, Auslese | 26.07.2013

In seinem neuen Buch „Jenseits des Neoliberalismus“ (Passagen-Verlag) setzt Colin Crouch, Auswärtiges Wissenschaftliches Mitglied des MPIfG, seine Hoffnung weiterhin auf die europäische Sozialdemokratie als „höchste Form des Liberalismus“.

● <http://tinyurl.com/crouch-bz>

Armin Schäfer

Der Weckruf

Der Spiegel | 08.07.2013

Wer sind die Nichtwähler? Neben dem in Studien ausgemachten Typus des Nichtwählers erklärt MPIfG-Wissenschaftler Armin Schäfer im Spiegel die kleine Szene der bekennenden Wahlboykotteure. Sie hätten wenig gemein mit der Masse der Demokratiemüden, seien zu gut informiert und zu engagiert. Immerhin: „Sie leisten ihren Beitrag zur Demokratie, ohne zu wählen.“ Allein weil sie sich an der Debatte über Politik beteiligten.

● <http://tinyurl.com/schaefer-spiegel>

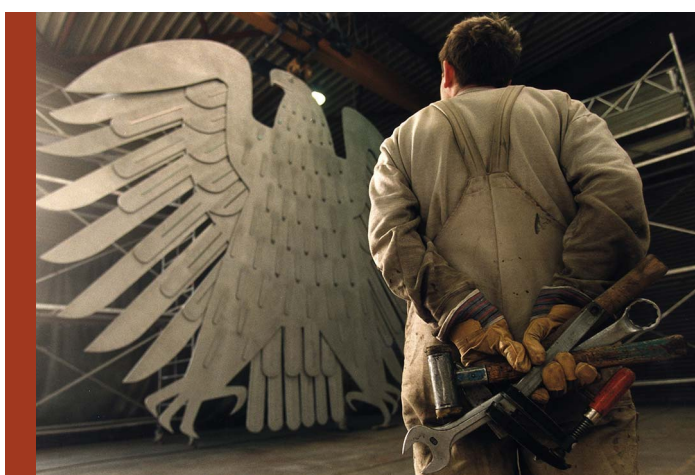
Diese und weitere aktuelle Beiträge unter www.mpifg.de/aktuelles/mpifg_medien_de.asp

AUSDERFORSCHUNG :

Die Akademikerrepublik: Kein Platz für Arbeiter und Geringgebildete im Bundestag?

Armin Schäfer

Die Abgeordneten des Bundestages sollen Vertreter des ganzen Volkes sein, doch ein Abbild des Volkes sind sie nicht. Migranten und Frauen, aber noch stärker Arbeiter und Geringgebildete sind im Parlament unterrepräsentiert; dort dominieren Akademikerinnen und Akademiker. Das wirft die Frage auf, ob die Interessen von sozial Benachteiligten tatsächlich noch angemessen vertreten werden.



In seiner Eröffnungsrede zur ersten Sitzung des neu gewählten Deutschen Bundestages hob Bundestagspräsident Norbert Lammert hervor, dass die Abgeordneten „keine Versammlung von Helden und Heiligen“, sondern ein getreues Abbild der Bevölkerung seien. Weder sozioökonomisch noch in ihren Einstellungen unterschieden sich die Mitglieder des 18. Bundestages nennenswert von der Gesellschaft, die sie repräsentieren. Vielmehr bildeten sie eine „ziemlich repräsentative Mischung von Herkunft, Alter, Berufen, Begabungen,

Temperamenten, Erfahrungen, Stärken und Schwächen“, so Lammert. Diese Auffassung überrascht, denn empirisch lässt sie sich nicht belegen: Frauen, Migranten oder Arbeiter sind im Bundestag deutlich unterrepräsentiert. Für die beiden erstgenannten Gruppen hat sich die Repräsentationslücke zwar nicht vollständig geschlossen, aber doch etwas verkleinert.

„ Der Bundestag ist fast vollständig ein Akademikerparlament. “

In sozioökonomischer Hinsicht gilt dies jedoch nicht. Der Bundestag ist fast vollständig ein Akademikerparlament, in das es kaum Arbeiter oder einfache Angestellte schaffen. Obwohl laut Erhebungen des Statistischen Bundesamtes nur 14 Prozent der Bevölkerung über ein abgeschlossenes Hochschulstudium verfügen, sind mehr als 90 Prozent der Abgeordneten Akademiker. Von den Parteimitgliedern über die Kandidaten bis zu den Abgeordneten nimmt die soziale Selektivität immer weiter zu, von einer „ziemlich repräsentativen“ Mischung lässt sich in dieser Hinsicht nicht sprechen.

Ist spiegelbildliche Repräsentation wünschenswert?

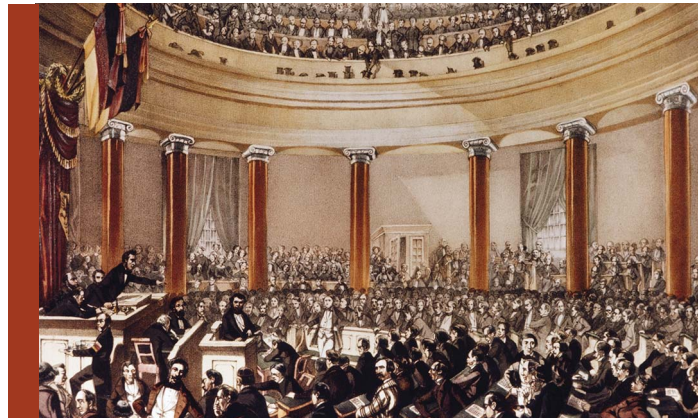
Wenn die Rede davon ist, dass eine Gruppe eine andere repräsentiert, kann gemeint sein, dass beide Gruppen bestimmte Merkmale teilen. Repräsentieren in diesem Sinn bedeutet, etwas wirklichkeitsnah abzubilden. Doch spätestens seit dem bahnbrechenden Buch der Politikwissenschaftlerin Hanna Pitkin zum „Konzept der Repräsentation“ wird das Prinzip der „spiegelbildlichen“ oder „deskriptiven Repräsentation“ als nachrangig zur Responsivität der Abgeordneten gegenüber den Wählerinnen und Wählern angesehen: Die Repräsentanten müssen Anliegen und Interessen der Bevölkerung kennen und in ihren Entscheidungen berücksichtigen. Repräsentieren besteht nach dieser Auffassung in einem Dialog zwischen Parlamentariern und Bevölkerung. Dabei wird den Abgeordneten ein

AUSDERFORSCHUNG :

hohes Maß an Autonomie zugestanden, das jedoch mit der Pflicht einhergeht, eigene Entscheidungen gegenüber den Repräsentierten zu begründen. Weicht das Verhalten der Gewählten ohne ausreichende Begründung dauerhaft und gravierend von den Einstellungen und Interessen ihrer Wählerinnen und Wähler ab, ist das Repräsentationsverhältnis gestört. Nicht das *Wer*, sondern das *Wie* ist für die Qualität der Repräsentation entscheidend.

Doch ist dieses Verständnis auch kritisiert worden. Insbesondere feministische Autorinnen verweisen darauf, dass

die teilweise krasse Unterrepräsentation von Frauen in den Parlamenten sich auf die dort getroffenen Entscheidungen auswirke und die Benachteiligung von Frauen weiter fortführe. Deshalb sprechen sich Politikwissenschaftlerinnen wie Anne Philipps, Jane Mansbridge oder Melissa Williams für „Gruppenrepräsentation“ aus, die sicherstellen soll, dass benachteiligte Gruppen im Parlament vertreten sind.



Die Nationalversammlung trat als erste gewählte deutsche Volksvertretung 1848 in der Frankfurter Paulskirche zusammen. Sie bestand überwiegend aus Akademikern und wurde darum als „Gelehrtenparlament“ bezeichnet.

„ Was prägt die Qualität der Repräsentation: das *Wer* oder das *Wie*? “

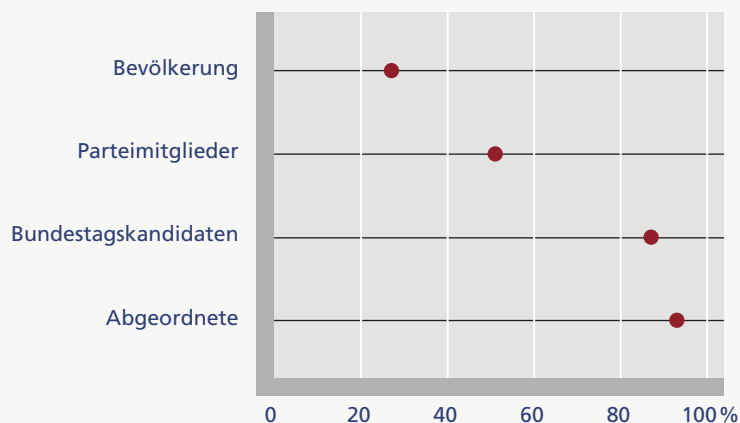
Dabei wird nicht angenommen, Frauen seien in ihren politischen Überzeugungen eine homogene Gruppe. Doch mit größerer numerischer Stärke im Parlament nehme die Wahrscheinlichkeit zu, dass ihre Belange in politischen Entscheidungen berücksichtigt werden. In vielen westlichen Demokratien gibt es inzwischen freiwillige oder bindende Regeln, die die Nominierung von Kandidatinnen erleichtern. Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke gehen in Deutschland besonders weit in ihren Bemühungen, Geschlechterparität zu verwirklichen. Im neu gewählten Bundestag stellen in beiden Fraktionen Frauen die Mehrheit. Verfechterinnen der Gruppenrepräsentation sehen das Pitkin'sche Repräsentationsideal zwar skeptisch, wehren sich aber gleichzeitig gegen das deskriptive Modell, da nur benachteiligte Gruppen einen besonderen Anspruch auf eine bevorzugte Behandlung hätten. Und obwohl manche von ihnen beispielsweise Arbeiter dazuzählen, weisen andere dies zurück, da in fast allen Parlamenten Arbeiterparteien vertreten seien, weshalb kein zusätzlicher Repräsentationsbedarf bestehe. Allerdings finden sich in den Parlamentsfraktionen auch dieser Parteien kaum noch Arbeiter. Wenn jedoch die deskriptive Unterrepräsentation von Frauen oder ethnischen Minderheiten einen Mangel darstellt, sollte dies auch für andere Gruppen gelten.

Das Gesetz zunehmender Disproportionalität

In den Siebzigerjahren des 20. Jahrhunderts formulierte der amerikanische Politikwissenschaftler Robert Putnam das „Gesetz zunehmender Disproportionalität“. Es besagt, dass die soziale Selektivität von gesellschaftlichen Positionen mit deren Wichtigkeit zunimmt. Das Führungspersonal in der Wirtschaft, aber auch in der Wissenschaft und der Politik, rekrutiert sich dann überproportional aus der oberen Mittelschicht und der Oberschicht. Wenn bereits ein Elternteil zur Elite gehörte, ist die Wahrscheinlichkeit besonders groß, auch selbst eine herausgehobe-

AUSDERFORSCHUNG :

Abbildung 1 Anteil mit (Fach-)Hochschulreife



Quelle: Statistisches Bundesamt, Deutsche Parteimitgliederstudie 2009, GLES Kandidatenstudie 2009.

ne Position einzunehmen. Obwohl in Deutschland, darauf weist der Elitenforscher Michael Hartmann hin, die Durchlässigkeit in der Politik deutlich höher als etwa in Unternehmen ist, trifft Putnams Gesetz in der Tendenz auch dort zu. Das zeigt **Abbildung 1** anhand von Bildungsabschlüssen. Während 27 Prozent der Bevölkerung (mindestens) über die Fachhochschulreife verfügen, sind es bei den Parteimitgliedern mehr als die Hälfte. Noch homogener wird die Gruppe, wenn nur jene Parteimitglieder betrachtet werden, die 2009 für den Bundestag kandidierten. 87 Prozent von ihnen haben die Schule mindestens mit dem Fachabitur abgeschlossen. Mit dem Schritt ins Parlament steigt dieser Anteil auf 93 Prozent an – er liegt damit 66 Prozentpunkte über dem Anteil an der Bevölkerung. Unter den Abgeordneten des Deutschen Bundestages befindet sich kaum noch jemand, der nach Mittlerer Reife eine Lehre gemacht und in einem Handwerksberuf gearbeitet hat – geschweige denn jemand, der die Schule mit Hauptschulabschluss verlassen hat.

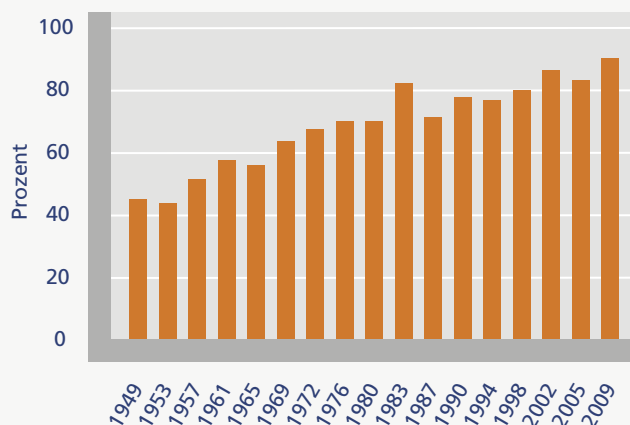
„ Der Akademikeranteil ist heute höher als jemals zuvor in einem frei gewählten deutschen Parlament. “

Der Akademikeranteil im Bundestag hat im Lauf der Zeit stetig zugenommen. **Abbildung 2** zeigt die Entwicklung von 1949 bis 2009: Hatten anfangs 45 Prozent der Abgeordneten studiert – was angesichts der damals geringen Zahl von Hochschulabsolventen ein hoher Prozentsatz ist –, stieg der Anteil in den Siebzigerjahren auf 70 Prozent und in den Neunzigerjahren auf mehr als 80 Prozent. Im 2009 gewählten Bundestag lag er bei 91 Prozent. Damit ist der Akademikeranteil heute höher als jemals zuvor in einem frei gewählten deutschen Parlament. Da gleichzeitig auch der Akademikeranteil in der Bevölkerung gestiegen ist, lässt sich zwar nicht behaupten, die Verzerrung sei heute größer als etwa im Gelehrtenparlament der Paulskirche von 1848, aber dennoch ist der Akademikeranteil im Bundestag mehr als sechsmal so hoch wie in der Bevölkerung.

Für den 18. Deutschen Bundestag liegen noch keine detaillierten Informationen über die Schulabschlüsse der Parlamentarier vor, aber zurzeit spricht nichts dafür, dass sich das Bild grundlegend geändert hat. So stellen etwa Arbeiter und Handwerker gemeinsam nur 2,8 Prozent der Abgeordneten, während etwa dreimal so viele Unternehmer oder Selbstständige und sogar achtmal so viele Juristen vertreten sind (FAZ, 22.10.2013).

AUSDERFORSCHUNG :

Abbildung 2 Anteil der Akademiker im Bundestag



Quelle: Datenhandbuch des Deutschen Bundestages.

Erfolgsfaktor Geld

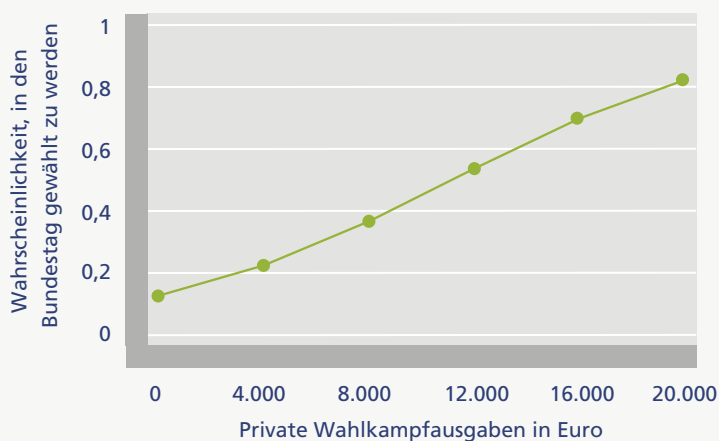
Nun ließe sich vermuten, dass die Überrepräsentation von Akademikerinnen und Akademikern im Bundestag Ergebnis der an die Abgeordneten gestellten Anforderungen und damit die Folge eines Kompetenzvorsprungs ist. Viele im Parlament verhandelte Themen sind schwierig und verlangen großes Fachwissen. Doch der vermeintliche Kompetenzvorsprung ist nicht der einzige Grund. Wenn man statistisch überprüft, wer von den aufgestellten Kandidaten den Sprung ins Parlament schafft, fällt eine Reihe von Punkten ins Auge. Wichtig ist etwa, ob man auf einem sicheren Listenplatz platziert ist oder in einem Wahlkreis antritt, der in der Vergangenheit mit klarer Mehrheit an die eigene Partei ging. Zudem steigt die Wahrscheinlichkeit, gewählt zu werden, mit dem Bekanntheitsgrad. Amtsinhaber haben somit einen Vorteil gegenüber Herausforderern, die bisher kein politisches Amt innehatten.

Doch selbst wenn all diese Faktoren berücksichtigt werden, bleiben die im Wahlkampf aufgewendeten Ressourcen ein wichtiger Erklärungsfaktor: Wer für den Bundestag kandidieren möchte, muss Zeit, aber auch eigenes Geld investieren, wodurch die Hürden für viele Berufsgruppen und für Geringverdiener hoch werden. Kandidatinnen und Kandidaten, die – unter sonst gleichen Bedingungen – mehr Geld und mehr Zeit in ihren Wahlkampf investieren, haben größere Erfolgsaussichten. Dabei kommt es weniger auf das von den Parteien veranschlagte Geld, sondern vielmehr auf die zusätzlich getätigten privaten Wahlkampfausgaben an. Im Durchschnitt geben Wahlkämpfer mehrere Tausend Euro aus der eigenen Tasche für den Wahlkampf aus – und im Extremfall sogar fünfstelligen Beträge.



AUSDERFORSCHUNG :

Abbildung 3 Private Ausgaben und erfolgreiche Kandidaturen



Quelle: GLES Kandidatenstudie 2009.

Abbildung 3 zeigt, wie sich die Wahrscheinlichkeit verändert, in den Bundestag gewählt zu werden, wenn die privaten Ausgaben zunehmen. Dabei werden die oben genannten Erklärungsfaktoren sowie eine Reihe weiterer Gründe berücksichtigt, sodass statistisch der „Nettoeffekt“ der privaten Ausgaben ermittelt werden kann. Unter sonst gleichen Bedingungen gilt: Je höher diese liegen, desto höher ist auch die Erfolgsaussicht, in den Bundestag einzuziehen.

„ Kandidatinnen und Kandidaten, die mehr Geld und Zeit in ihren Wahlkampf investieren, haben größere Erfolgsaussichten. “

Allerdings könnte die Kausalität zwischen Ressourcen und Amt auch umgekehrt verlaufen: Die Parteien erwarten von Kandidaten auf aussichtsreichen Listenplätzen oder in sicheren Wahlkreisen, dass sie einen privaten Beitrag zum Wahlkampfbudget leisten. Von aussichtslosen Kandidaten kann dagegen kaum verlangt werden, dass sie eigenes Geld investieren. Doch selbst wenn höhere private Wahlkampfaufwendungen die Folge einer aussichtsreichen Kandidatur in einem sicheren Wahlkreis oder auf einem vorderen Listenplatz wären, änderte dies nichts an dem demokratietheoretisch problematischen Zusammenhang zwischen Ressourcen und der Möglichkeit, gewählt zu werden. Denn wenn eine Erwartungshaltung in den Parteien besteht, dass eine aussichtsreiche Kandidatur durch nicht unerhebliche Privatausgaben vergolten wird, wirkt dies als Ausschlusskriterium für Aspiranten mit geringem Einkommen.

Unterrepräsentation als demokratisches Problem?

Das von Putnam formulierte Gesetz zunehmender Disproportionalität besagt, dass die soziale Basis immer exklusiver wird, je wichtiger die zu besetzende Position ist. Wie die Forschung auch für Deutschland zeigt, rekrutieren sich die Eliten in der Wirtschaft überproportional aus einem relativ kleinen Bevölkerungssegment. Für die Politik galt dies bislang in geringerem Ausmaß, doch sitzen auch in den Parlamenten heute fast nur noch Akademiker. Eine Laufbahn wie die von Norbert Blüm, der als Werkzeugmacher bei Opel arbeitete, erst auf dem zweiten Bildungsweg studierte und schließlich Bundesminister wurde, gibt es kaum noch. Und mit dem gelernten Elektromechaniker Kurt Beck ist 2012 der letzte Ministerpräsident ohne abgeschlossenes Hochschulstudium abgetreten.

AUSDERFORSCHUNG :

Diese Verschiebung in der Zusammensetzung der politischen Elite berührt die Frage, ob Repräsentation vollständig darauf verzichten kann, dass die Repräsentanten den Repräsentierten ähneln. Wer in den Parlamenten sitzt, darauf haben Befürworterinnen der Gruppenrepräsentation hingewiesen, ist für die dort getroffenen Entscheidungen nicht unerheblich. Das belegen auch einige in den letzten Jahren veröffentlichte empirische Studien. Repräsentation als Dialog kann nur gelingen, wenn sich die Lebenswelten von Repräsentanten und Repräsentierten überlappen. Sonst treffen erstgenannte Entscheidungen über Probleme, die sie selbst nur aus zweiter Hand kennen. Ein sozial homogenes Parlament kann zudem bei sozial benachteiligten Gruppen das Gefühl verstärken, nicht repräsentiert zu werden. „Die da oben“ werden in diesem Fall als fremd und von den eigenen Problemen weit entfernt wahrgenommen.



Armin Schäfer

ist seit 2001 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung. Er studierte Politikwissenschaft, Volkswirtschaftslehre sowie Friedens- und Konfliktforschung an der Universität Marburg und der University of Kent at Canterbury und wurde 2004 an der Universität Bremen promoviert.

Forschungsinteressen: Demokratie und soziale Ungleichheit, politische Ökonomie, europäische Integration, Parteien

- Portrait Armin Schäfer
<http://tinyurl.com/schaefer-taz>

Zum Weiterlesen

Schäfer, A., Vehrkamp, R., Gagné, J. F.:
Prekäre Wahlen. Milieus und soziale Selektivität der Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2013.
Gütersloh: Bertelsmann Stiftung, 2013.
www.wahlbeteiligung2013.de

Hartmann, M.:
Soziale Ungleichheit – kein Thema für die Eliten?
Frankfurt a.M.: Campus, 2013.

Kühne, A.:
Repräsentation enträtselt oder immer noch „the Puzzle of Representation“? Entwicklungen und

Lehren aus unterschiedlichen Forschungsstrategien.
In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 44, 459–485
(2013).

Phillips, A.:
The Politics of Presence. The Political Representation of Gender, Ethnicity, and Race. Oxford: Oxford University Press, 1995.

Pitkin, H. F.:
The Concept of Representation. Berkeley: University of California Press, 1967.

GASTKOMMENTAR :

Soziale Mobilität ermöglichen

Rolf Mützenich



Dr. Rolf Mützenich ist Vorsitzender des Kuratoriums des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung und außenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion.

Armin Schäfer bemängelt in seinem Artikel, dass der Bundestag nicht in angemessener Weise die Bevölkerungsstruktur widerspiegeln, da Arbeiter und Geringgebildete nicht angemessen vertreten seien. Auch wenn ich den Begriff der „Geringgebildeten“ etwas unglücklich finde, der Befund von Armin Schäfer stimmt: Der Bundestag repräsentiert ohne Zweifel nicht die Bevölkerungsstruktur Deutschlands. Die Abgeordneten liegen, was den Bildungsgrad angeht, jedenfalls weit über dem Bundesdurchschnitt. Arbeiter sind im Deutschen Bundestag hingegen deutlich unterrepräsentiert. Das war schon in der Frankfurter Paulskirche 1848 so und wird vermutlich auch nach der nächsten Wahl so bleiben. Die Akademisierung des Deutschen Bundestages ist also kein neues Phänomen. „Der Bundestag ist mal voller und mal leerer, aber immer voller Lehrer“, kalauerte schon Otto Graf Lambsdorff. Die Akademikerschwemme betrifft im Übrigen nicht nur den Bundestag, sondern ist ein gesamtgesellschaftliches Phänomen. Die Akademikervorherrschaft in den Parlamenten ist auch kein deutsches „Problem“. In England und Frankreich sind die wirtschaftlichen und politischen Eliten noch mehr unter sich als bei uns.

Ein Blick auf die Zusammensetzung des neu gewählten Bundestages bestätigt den Befund der Akademikerrepublik. Im 18. Bundestag, der jetzt seine Arbeit aufnimmt, sitzen fast doppelt so viele Männer wie Frauen. Viele von ihnen sind um die Fünfzig und waren in ihrem Vorleben „administrativ entscheidende Berufstätige“, wie es in der offiziellen Statistik des Bundeswahlleiters heißt. Mehr als die Hälfte der insgesamt 631 Abgeordneten gehören dieser Berufsgruppe an: Verwaltungsangestellte, Lehrer, Juristen. 150 Abgeordnete kommen aus dem öffentlichen Dienst (im letzten Bundestag waren es sogar über 200) – das sind fast ein Viertel der Mandatsträger. Gemessen am Durchschnitt der Erwerbstätigen dürften es gerade 11 Prozent sein. Die zweitgrößte Gruppe stellen die Juristen: 117 Abgeordnete sind Anwälte, Notare etc. – fast dreimal so viel wie 1961. An dritter Stelle folgen die Pädagogen: 52 Abgeordnete sind Lehrer, Erzieher – dies ist gut ein Drittel weniger als Mitte der Neunzigerjahre. Im neuen Bundestag sitzen nur noch zwei klassische Arbeiter: ein Bergmann und eine Schlosserin.

Damit ist auch der neue Bundestag kein Spiegelbild der Gesellschaft. Nicht nur Arbeiter sind unterrepräsentiert, sondern nach wie vor auch Frauen und Migranten. Durch das Ausscheiden der FDP ist auch der Anteil von Unternehmern und Selbstständigen weiter zurückgegangen. Zwar sind alles in allem rund einhundert Berufe vertreten, aber der öffentliche Dienst dominiert. Dies ist auch nicht besonders verwunderlich: Ein Selbstständiger kann nicht einfach für vier Jahre sein Unternehmen ruhen lassen. Dann hat er längst seinen Kundenstamm verloren. Beamte hingegen, das garantiert das Abgeordnetengesetz, müssen keinen Jobverlust nach der Amtsperiode befürchten. Sie genießen ein uneingeschränktes Rückkehrrecht zu ihrem alten Arbeitsplatz.

Ist das deutsche Parlament also auf dem Weg, ein bundesrepublikanisches Oberhaus zu werden? Es ist so offensichtlich wie noch nie: Formelle Schulbildung entscheidet auch über den politischen Erfolg. Und das in einem Land, in dem die sozialen Aufstiegschancen immer geringer werden. Der Trend geht zur Selbstreproduktion der Eliten. Wenn man aus einer Juristenfamilie stammt, Jura studiert und danach noch in einem Parteivorstand voller Juristen Karriere macht, ist es eher unwahrscheinlich, dass man dieses Land von einem anderen Blickwinkel als

GASTKOMMENTAR :

dem eines Juristen aus sehen lernt. Andererseits schlagen sich Erwerbsbiografien nicht automatisch in entsprechendem Wahlverhalten nieder. Nicht jeder Unternehmer und Zahnarzt wählt automatisch die FDP und nicht jeder Arbeiter wählt selbstverständlich die SPD. Eine Erfahrung, die beide Parteien zuletzt schmerzlich bei der Bundestagswahl machen mussten.

Das Auseinanderdriften der sozialen Schichten in Deutschland zeigt sich längst in den Mitgliederstatistiken der Volksparteien. Auch die SPD hat sich in den letzten Jahrzehnten zunehmend akademisiert. Selbst wenn wir uns immer noch als Arbeiterpartei und Partei der „kleinen Leute“ verstehen, ist auch die SPD zunehmend zur Studenten- und Beamtenpartei mutiert. Das Hauptproblem ist meines Erachtens, dass unsere Gesellschaft immer undurchlässiger wird. Auch mir wurde als Kind einer Arbeiterfamilie nicht an der Wiege gesungen, dass ich einmal Bundestagsabgeordneter werden würde. Eine Karriere wie meine vom Hauptschulabschluss mit Schüler-Bafög zum Abitur und dann zum Studium wird immer seltener. Hier muss unsere Bildungspolitik ansetzen und junge Menschen aus bildungsfernen Schichten gezielt fördern.

„ Die gewählten Eliten müssen den Kontakt halten: verstehen wollen statt zu meinen, alles schon verstanden zu haben. “

An der Diagnose lässt sich also nicht rütteln. Die Frage, die Armin Schäfer ja auch zu Recht stellt, ist jedoch die, ob eine spiegelbildliche Repräsentation überhaupt wünschenswert ist. Oder mit anderen Worten: Die Tatsache, dass Abgeordnete im Vergleich zu ihren Wählern in der Regel einen höheren Bildungsabschluss besitzen, bedeutet nicht zwangsläufig, dass sie die Nöte und Anliegen der Bevölkerung nicht verstehen oder vertreten können. Die in das Parlament gewählten Eliten stehen zweifelsohne in einer besonderen Verantwortung. Sie müssen den Menschen zuhören, den Kontakt halten. Dies bedeutet auch, verstehen wollen statt zu meinen, alles schon verstanden zu haben. Nur so kann man der Politikverdrossenheit und den notorisch niedrigen Wahlbeteiligungen entgegenwirken. Im Gegensatz zu unseren Wirtschafts- und Verwaltungseliten müssen sich Abgeordnete alle vier Jahre zur Wiederwahl stellen. Die Wählerinnen und Wähler haben es also in der Hand, zumindest die Arbeit ihres direkt gewählten Wahlkreisabgeordneten bei der nächsten Wahl durch ihre Stimmabgabe zu belohnen oder zu bestrafen. Am Ende sind ohnehin alle Abgeordneten, unabhängig von ihrem erlernten Beruf, Dienstleister – sie sind Politikerinnen und Politiker im Dienste der Bürgerinnen und Bürger ihres Landes.

INTERVIEW :

Vertrauen, Sicherheit, Kreativität: Soziologische Forschung auf illegalen Märkten

Die wirtschaftssoziologische Forschung lässt illegale Märkte weitgehend unbeachtet. Wenn überhaupt, werden illegale Märkte aus juristischer beziehungsweise kriminologischer Perspektive untersucht. Die Fixierung auf das Normale und Legale ist ohne Zweifel ein Defizit soziologischer Theoriebildung. Was bedeutet es für die Funktionsweise eines Marktes, wenn Produktion, Distribution, Verbrauch oder Handel eines Gutes illegal sind? Vor diesem Hintergrund untersuchen Forscherinnen und Forscher am MPIfG Strukturprinzipien illegaler Märkte sowie die Schnittstellen und Übergänge zwischen illegalen Märkten und der legalen Ökonomie. Hier berichten sie über ihre Eindrücke und Erfahrungen aus ihren Feldforschungsaufenthalten in Argentinien, Südostasien, Sierra Leone und im südlichen Afrika.

Moderation: Ursula Trappe, Forschungskoordinatorin am MPIfG

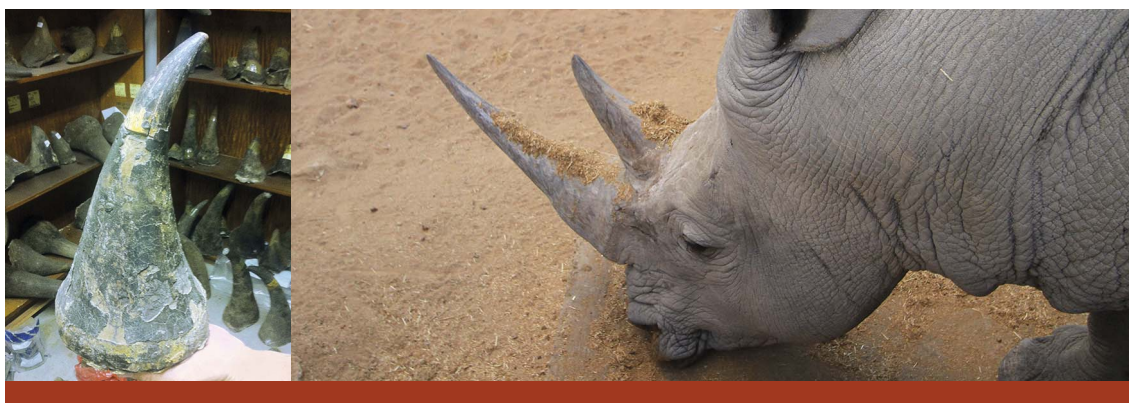
Ursula Trappe: Sie sind gerade von mehrmonatigen Feldforschungsaufenthalten zurückgekehrt. Die Qualität der Forschungsergebnisse hängt sehr von der Art der Kontakte vor Ort ab. Welche Kontakte waren besonders wichtig und wie sind diese zustande gekommen?

Annette Hübschle-Finch: Ich hatte bereits eine ganze Reihe von Kontakten zu professionellen Netzwerken und Regierungsvertretern durch meine Forschung zur organisierten Kriminalität im südlichen Afrika. Auf diese zurückzugreifen und bereits als Wissenschaftlerin bekannt zu sein, half mir, Türen zu öffnen und Kontakt zu Schlüsselpersonen aufzunehmen.

Nina Engwicht: Für die Feldforschung in Sierra Leone waren zwei Arten von Kontakten besonders wichtig: Zum einen hatte ich Ansprechpartner, die mich in die sierra-leonische Gesellschaft einführen konnten und mich Personen vorgestellt haben, die mir mit meiner Forschung weiterhalfen. Dann gab es Schlüsselpersonen wie einen der großen Diamantenexporteure in

Sierra Leone, der es mir ermöglicht hat, teilnehmende Beobachtungen in seinem Büro durchzuführen. Das war ein sehr wichtiger Teil meiner Forschung. Nichts wurde zensiert, alles konnte ich miterleben. Zudem hat er mir weitere Kontakte verschafft, sowohl zu staatlichen Akteuren als auch zu anderen Diamantenhändlern. Das waren Empfehlungen, die wichtiger waren als die Empfehlungsschreiben des MPIfG oder der Universität in Sierra Leone.

Matías Dewey: Ich hatte in Argentinien bereits Kontakte zu Regierungsbeamten, Polizisten und Richtern durch meine Feldforschung über gestohlene Fahrzeuge. Für mein aktuelles Projekt zum Markt „La Salada“ in Buenos Aires war auch der Kontakt zu einer Nichtregierungsorganisation wichtig, über die ich Kontakte zu den Verkäufern und Käufern auf diesem Markt herstellen konnte. Ich habe für diese Organisation vier Monate lang nebenbei als Feldhockeytrainer gearbeitet und so Kontakte zu diesem Personenkreis aufgebaut.



INTERVIEW :

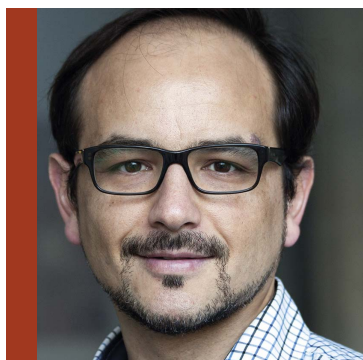
Ursula Trappe: Wie ist es gelungen, eine Vertrauensbasis aufzubauen?

Annette Hübschle-Finch: Im Fall des Marktes für Rhinozeroshorn war es entscheidend, stets Anonymität und Datenschutz zuzusichern. Selbst für Vertreter der Polizei oder von Nichtregierungsorganisationen war es wichtig zu wissen, dass ihr Name nicht genannt und kein Attribut verwendet wird, an dem sie zu erkennen sind. Natürlich kommt es auch darauf an, mit wem man spricht und wie viel Zeit man sich nehmen kann. Bei Beamten ebenso wie bei Gefängnisinsassen musste ich die ein, zwei Stunden, die man mir eingeräumt hat, zu einhundert Prozent ausnutzen, *straight to the point*. Vor allem musste ich schnell glaubhaft machen, dass ich nicht von der Polizei oder den Medien bin und im Falle der Gefängnisinsassen, dass ich nichts mit dem Gefängniswesen zu tun habe. Alles hing davon ab, die Menschen davon zu überzeugen, dass ich tatsächlich Forscherin bin.

Matías Dewey ist seit 2013 wissenschaftlicher Mitarbeiter am MPIfG. Er wurde 2008 an der Universität Rostock im Fach Politikwissenschaft promoviert. Er ist Mitglied des Wissenschaftskomitees des Netzwerks argentinischer Wissenschaftler in Deutschland (RCAA).

Forschungsprojekt: Krise als Chance: Illegale Märkte in Krisenzeiten. Phänomene sozioökonomischer Instabilität, wie Hyperinflation oder Nachkriegsdepression, fördern die Entstehung illegaler Märkte oder verändern die Struktur bereits vorhandener. Das Projekt soll Aufschluss über die Interaktion von illegalen Märkten mit Situationen geben, die durch den plötzlichen Verlust

von Kaufkraft oder die Erwartung eines solchen gekennzeichnet sind. Ziel ist es, einen Beitrag zu der Erforschung der Mechanismen zu leisten, die den Austausch illegaler Güter im Kontext einer Wirtschaftskrise vorantreiben.



Nina Engwicht: Ich habe den Eindruck gewonnen, dass Gehen und Wiederkommen ein ganz wichtiges Moment ist, um eine Beziehung zu Interviewpartnern aufzubauen. Direkt von Anfang an habe ich in Sierra Leone Zugang zum Diamantenmarkt bekommen, Interviews führen können und sehr viel über die Marktstruktur herausgefunden. Doch als ich einige Zeit später zurückgekehrt und danach noch öfters wiedergekommen bin, habe ich ganz andere Informationen erhalten.

Es ist mir aus ethischer Sicht wichtig, immer klarzumachen, was ich erforsche und dass die Teilnahme an meiner Forschung freiwillig ist. Ich empfinde es als zwiespältig, strategisch vorzugehen. Auch Kompensationen oder kleine, lokal sehr übliche Gastgeschenke helfen, eine Beziehung aufzubauen, sind aber in einem ethischen Grenzbereich angesiedelt. Wenn sich jemand in einem Interview äußert, kann das auch negative Folgen für diese Person haben. Daraus leitet sich eine Verantwortung ab.

Matías Dewey: Da die Legitimität von „La Salada“ als Bekleidungsmarkt meines Erachtens größer ist als im Falle der illegalen Märkte für Rhinozeroshorn oder Diamanten, ist der Zugang deutlich einfacher. Vertrauen habe ich aufgebaut, indem ich erklären konnte, dass ich für die lokale Universität in Buenos Aires forsche und es in meinem Projekt um kleine Entrepreneure im textilen Bereich geht. Zu Beginn eines Interviews habe ich „Hallo“ gesagt, und der zweite Satz war sofort: „Ich bin kein Journalist.“ Außerdem sage ich immer, dass ich auf Deutsch oder Englisch schreibe und publiziere, damit die Menschen eine gewisse Distanz wahrnehmen.

Ursula Trappe: Annette Hübschle-Finch und Matías Dewey haben sich bei ihrer Forschung im südlichen Afrika und in Argentinien in Ländern aufgehalten, in denen sie bereits viele Jahre gelebt haben. Für Sie, Nina Engwicht, verhielt es sich in Sierra Leone anders – inwiefern war es ein Unterschied für die Interviewsituationen, dass Sie eine Ausländerin waren?

Nina Engwicht: Viele denken, dass es für eine europäische Frau schwieriger ist, über den illegalen Markt

INTERVIEW :

für Diamanten zu forschen. Aber als Forscher nimmt man immer irgendeine Rolle ein, ob als Sierra Leoner, als Sierra Leonerin, als europäischer Mann oder als europäische Frau. Jede dieser Rollen hat Vor- und Nachteile. Fremd zu sein kann ein Vorteil sein: Meine Interviewpartner erklärten mir alles von Grund auf und zeigten sich an meiner Forschung sehr interessiert. Dass eine Frau auf einem anderen Kontinent für ihre Doktorarbeit forscht, war für viele eine völlig fremde Vorstellung, aber dadurch gerade ein Anreiz, mit mir zu sprechen.

Ursula Trappe: Inwiefern sind illegale Märkte auch identitäts- und ordnungsstiftend für die Händler?

Matías Dewey: „La Salada“ ist für Händler, die am Rande der Gesellschaft leben, ein individueller „American Dream“, die Möglichkeit, zum *economic citizen* zu werden. Sie sehen sich gerne als Unternehmer.

Nina Engwicht ist seit 2011 Doktorandin an der International Max Planck Research School on the Social and Political Constitution of the Economy (IMPRS-SPCE). Sie studierte Politikwissenschaft, Neuere Geschichte, Publizistik und Kommunikationswissenschaft an der Universität Potsdam.

Forschungsprojekt: Illegale Märkte in Post-Konflikt-Gesellschaften. Der illegale Diamantenmarkt in Sierra Leone. Illegale Märkte spielen eine tragende Rolle in Bürgerkriegen und werden als großes Risiko für die Stabilität von Nachkriegsgesellschaften gesehen. Bislang ist jedoch weitgehend unbekannt, wie sich diese Märkte im Übergang von Krieg zu Frieden verändern.

Das Dissertationsprojekt untersucht das Beispiel des illegalen Marktes für Diamanten in Sierra Leone.



Ordnungsstiftend ist, dass die Bezeichnungen des formellen Marktes auch im informellen Markt genutzt werden. Die Akteure unterscheiden nicht zwischen formell und informell, das tun nur wir.

Annette Hübschle-Finch: Auch auf dem Markt für Rhinoceroshorn definieren die Akteure ihre Identität oft über die entsprechenden Rollen auf legalen Märkten: Die Wilderer nennen sich „Jäger“, die Kingpins, ihre Anführer, nennen sich „Unternehmer“. Entrepreneur ist auch hier ein sehr positives Wort ... und Millionär!

Nina Engwicht: Illegale Märkte stiften aber durchaus auch negativ konnotierte Identitäten, etwa wenn sich illegale Diamantenschürfer als arbeitslos, arm und sozial abgehängt von der sierra-leonischen Gesellschaft sehen.

Die Ordnung, die ich auf dem illegalen Diamantenmarkt kennengelernt habe, hat mich überrascht. Es gibt einen Markt, der neben einem Chairman und Elders – Chef und Ältesten – in jeder Sektion auch einen Schatzmeister, zwei Buchhalter und einen Presseverantwortlichen hatte. Auch gibt es einen gemeinsamen Fonds, in den alle einzahlen und der im Falle von Hochzeiten, Geburten, Krankheiten, Unfällen oder Tod von Angehörigen die Betroffenen unterstützt. Das ist eine Versicherung – in Sierra Leone ist kein Mensch versichert, wie wir es kennen. Dieser Markt hat eine entscheidende, Sicherheit generierende Wirkung auf das Leben der Menschen.

Ursula Trappe: Welche Regeln und Gesetze prägen die illegalen Märkte, die Sie erforscht haben? Gab es auch Kooperationen zwischen Akteuren von legalen und illegalen Märkten?

Nina Engwicht: Auf großen Teilen des heutigen illegalen Diamantenmarktes in Sierra Leone gibt es verbindliche Gesetze und Regeln sowie Möglichkeiten, diese gewaltfrei durchzusetzen. Mechanismen und Akteure des legalen und des illegalen Marktes sind eng miteinander verbunden. Wenn jemand einen Diamanten vom illegalen Markt stiehlt, arbeiten illegale

INTERVIEW :



Diamantenmarkt in Sierra Leone: Diamanten werden mit einfachen Werkzeugen wie Schaufeln und Schüttelsieben abgebaut und von Apothekern gewogen.

Diamantenhändler mit dem Staat und dem legalen Markt zusammen, um den Stein wiederzubeschaffen. Denn grundsätzlich herrscht in Sierra Leone bei staatlichen, legalen und illegalen Akteuren Konsens darüber, dass möglichst viele – legale oder illegale – Diamanten letztlich von legalen Händlern gekauft und danach legal exportiert werden sollen, damit der Staat zu Steuereinnahmen kommt. Das führt dazu, dass der Staat faktisch illegales Handeln unterstützt.

Annette Hübschle-Finch: Ich habe von Fällen erfahren, in denen Akteure des illegalen Marktes der Polizei Hinweise gegeben haben, wenn zuvor Vereinbarungen gebrochen wurden. Dann gab es etwa Hinweise darauf, dass sich ein Rhinozeroshorn in einem bestimmten Flugzeug befand. Oftmals gibt es auch *Gentlemen's Agreements*.

Matías Dewey: Auf „La Salada“ gibt es eine Art Steuersystem. Wer auf dem Markt gefälschte Bekleidung verkauft, muss dafür an die Manager der Märkte etwa 30 Euro pro Markttag bezahlen. Für diese Einnahmen gibt es einen zentralen Buchhalter. Sie werden marktweit gesammelt und an bestimmte Staatsorgane weitergegeben. Wir sprechen von mehreren Millionen Euro. Solche Systeme sind der Grund dafür, dass diese Art des Wirtschaftens Bestand hat. Niemand hat ein Interesse daran, auszusteiern. Händler und Staat profitieren, es gibt also wenig Anreize, dieses Geschäft zu beenden.

Ursula Trappe: Wenn ein anderer Forscher in die Länder und zu den Menschen reisen würde, über die Sie geforscht haben, was würden Sie ihm als zentrale Empfehlung mitgeben?

Der Markt „La Salada“ in Buenos Aires: Besucher überqueren eine Brücke über den stark verseuchten Riachuelo, um dorthin zu gelangen.



INTERVIEW :

Annette Hübschle-Finch: Hilfreich ist es, vorher ausführlich über Land und Leute zu recherchieren, nicht in teuren Hotels und Gasthäusern zu übernachten, nicht in westlichen Restaurants zu essen, sondern möglichst vielfältige Begegnungen mit der lokalen Bevölkerung zu suchen.

Nina Engwicht: Wichtig ist, im gesamten Forschungsprozess sehr offen für Erfahrungen zu sein, die nicht in das eigene Forschungsdesign hineinpassen. Viel eher muss man kreativ mit Situationen umgehen, in die man gerät, und kreativ mit Informationen arbeiten, die man erhält. Das war für die Forschung in Sierra Leone elementar, auch weil scheinbar Selbstverständliches nicht gegeben ist: Das betrifft praktische Dinge wie Elektrizität, Straßen oder das Handynetz, aber ebenso auch eine Vorstellung der Bevölkerung davon, was Anonymität in der Forschung bedeutet.

Matías Dewey: Wir forschen über illegale Märkte, doch das ist unsere Definition. Was aber ist „illegal“ für die Menschen vor Ort? Solche Fragen kann man nicht vom Schreibtisch in Deutschland aus beantworten. Ich habe von den Menschen von „La Salada“ viel gelernt. Oft nehmen wir an, dass Menschen in einer unsicheren Umwelt nur schwer leben können, weshalb wir uns selbst eine unglaublich sichere Welt geschaffen haben. So glauben wir, die Zukunft beherrschen zu können. Das heißt nicht, dass ich den Lebensstil auf „La Salada“ idealisieren möchte. Solche grundlegend verschiedenen Einstellungen sind aber bedeutend für sozialwissenschaftliche Theorien. Das Erleben eines Marktes wie „La Salada“ kann Annahmen und Kategorien der Sozialwissenschaften entscheidend verändern.

Annette Hübschle-Finch ist seit 2011 Doktorandin an der International Max Planck Research School on the Social and Political Constitution of the Economy (IMPRS-SPCE). Sie hat Vergleichende und Internationale Politik und Geschichte sowie Kriminologie und Strafrecht an der University of Cape Town studiert. Von 2002 bis 2011 war sie am Institute for Security Studies in Kapstadt wissenschaftliche Mitarbeiterin im „Organised Crime and Money Laundering Programme“ zu informellen Märkten im Afrika südlich der Sahara.

Forschungsprojekt: Der illegale Markt für Rhinozeroshorn. Das Dissertationsprojekt untersucht die Auswirkungen von Illegalität auf die Entstehung, Funktionsweise und Struktur des illegalen Marktes für Rhinozeroshorn. Ziel ist es, zu verstehen, wie auf diesem Markt die drei Koordinationsprobleme Wettbewerb, Bewertung und Kooperation gelöst werden und welchen Einfluss Illegalität und Transnationalität sowie kulturelle Überzeugungen darauf haben.



FORSCHERPORTRAIT :

Der Soziologe auf dem roten Sofa

Olivier Godechot

Olivier Godechot ist seit Oktober 2013 neuer Kodirektor des MaxPo in Paris. Der vierzigjährige Wirtschaftssoziologe hatte sich schon lange vor der Finanz- und Wirtschaftskrise auf das jetzige Schwerpunktthema konzentriert: Finanzialisierung in modernen Gesellschaften. Auch privat ist er zumindest für deutsche Verhältnisse recht avantgardistisch – er ist alleinerziehender Vater von drei Kindern und träumt von der Besteigung des Mont Blanc. Ein Besuch in Paris.



Steil geht es zu Olivier Godechot hinauf. Die Treppe links im großen und lichtdurchfluteten Innenhof der ehrwürdigen Sciences Po ist schmal und wirkt viel zu klein für den Universitätsprachtbau an der Rue des Saints-Pères mitten in Paris. Hier, gleich um die Ecke des berühmten Café Les Deux Magots, in dem sich Simone de Beauvoir und Jean-Paul Sartre fast täglich in den Sechziger- und Siebzigerjahren ihr intellektuelles Stelldichein gaben, liegen in der dritten Etage des Universitäts-Gebäudeflügels die Denkerzellen des deutsch-französischen Forschungszentrums MaxPo. Der Franzose Olivier Godechot ist seit Oktober 2013 der neue Kodirektor des Instituts und hat damit Marion Fourcade abgelöst, die nach Berkeley zurückgegangen ist.

Godechots Arbeitszimmer ist klein. Ein großes Regal gefüllt mit Büchern, ein Schreibtisch, ein Stuhl, ein rotes Zweisitzer-Sofa, ein kleiner Sessel und ein Beistelltisch füllen es komplett aus. „Im Vergleich zu meinen bisherigen Büros ist dieses rote Sofa, das ich von meiner Vorgängerin geerbt habe, für mich schon ein kleiner Luxus“, sagt Godechot.

Fasziniert vom Finanzsektor

Er lächelt – fast schelmisch, so wie einer, der eben genau weiß, dass es bei seiner Arbeit nur sehr wenig auf Möbel oder Design, sondern vielmehr auf Inhalte ankommt. Fünf Bücher hat er bereits zu den Themen Netzwerksoziologie und Arbeitsmärkte in der Finanzindustrie veröffentlicht. Der „Finanzsektor als Feld des Kampfes

FORSCHERPORTRAIT :

um die Aneignung von Gewinnen“ hat ihn lange vor der Finanz- und Wirtschaftskrise interessiert – zum Ende der Neunzigerjahre. Auch deswegen scheint er als neuer Kodirektor für das MaxPo, das 2012 vom Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung und von der Sciences Po in Paris gegründet wurde, prädestiniert.

Das *Max Planck Sciences Po Center on Coping with Instability in Market Societies* erforscht, wie Einzelpersonen, Organisationen und Politik mit der zunehmenden Instabilität und Unsicherheit umgehen, die durch Liberalisierung, technischen Fortschritt und Individualisierung in den westlichen Industriegesellschaften in den vergangenen Jahrzehnten entstanden sind. Godechot möchte die Forschungsgruppe „Finanzialisierung in modernen Gesellschaften“ aufbauen. „Mich interessierte immer schon, wie die Zwänge und Strukturen eines Finanzmarktes auf die Organisation einer Gesellschaft einwirken“, sagt Godechot. Seine Schwerpunkte werden Mobilität auf den Finanz-Arbeitsmärkten, der Arbeitsmarkt für CEOs (Chief Executive Officers) und die daraus entstehenden wirtschaftlichen Ungleichheiten sein.



Das MaxPo hat seinen Sitz im Gebäude der Sciences Po in der Rue des Saints-Pères.

Wissenschaft im Blut

Wissenschaftliches Arbeiten liegt schon in Godechots Familie. Bereits sein Großvater war Geschichtsprofessor an der Universität von Toulouse. Dessen zentrales Thema war das 18. Jahrhundert. Auch den Humor hat der Großvater dem Enkel genauso vererbt wie das kleine Bild, das in Godechots Arbeitszimmer über dem Schreibtisch hängt: eine Karikatur der französischen Revolution.

Godechots Vater war Naturwissenschaftler – allerdings in der Industrie: Nur zehn Tage nach der Geburt des Sohnes Olivier zog die Familie 1973 in die USA nach Houston, wo der Vater als Ingenieur beim Mineralölunternehmen Elf Aquitaine arbeitete. Nach einigen Jahren und einem zwischenzeitlichen Wechsel nach Denver kehrte sie nach Frankreich zurück. In Pau und in Toulouse wuchs Olivier mit seinen vier Geschwistern auf. „Schreiben gefiel mir immer. Nach meinem Schulabschluss hatte ich deswegen eher literarische Neigungen“, sagt Godechot. So studierte er Anfang der Neunzigerjahre in Paris zunächst Geschichte an der École normale supérieure (ENS). „Meine Kollegen und Freunde begannen sich damals stärker für die Zusammenhänge auf den Finanzmärkten zu interessieren. Und auch für die Forschungen von Pierre Bourdieu“, erzählt er. Dazu gehörten Fragen wie: Was sind die unterschiedlichen Kapitalformen im Feld des Unternehmens? Konkurrieren diese Kapitalformen untereinander? In welcher Form können sie akkumuliert werden? Wie erwirbt das Kapital Macht und wie übt es Herrschaft aus? „Das Laboratorium, um diese Fragen zu beantworten, ist der Finanzsektor“, meint Godechot. „Das Ziel des Finanzsektors heißt: finanzieller Gewinn. Aufseiten der Geschäftsbanken ist er allgegenwärtig sowohl als Maßstab als auch als Rohmaterial, als Zweck und als zu verteilende Beute.“

FORSCHERPORTRAIT :

Recherche auf dem Börsenparkett

Godechot faszinierte vor allem das individuelle Verhalten der Menschen, die auf dem Finanzmarkt arbeiten. „Ich wollte deswegen unbedingt die Praxis kennenlernen und bewarb mich bei einem Finanzinstitut als Praktikant.“ Er wurde eingestellt und arbeitete schließlich vier Monate bei einer großen Universalbank in Paris. Später überredete er den Chef der Bank, die Angestellten zu ihrer Arbeit befragen zu dürfen: zur Gewichtung von rationalen Entscheidungen und Bauchgefühl, zur Qualität mathematischer Modelle, zum Einfluss von Prognosen und zu Bonuszahlungen. Diese Erfahrungen flossen in Godechots Buch „Les Traders“ (Die Börsenmakler) ein – ein Essay zur Soziologie des Finanzmarktes, das er mit Mitte zwanzig herausbrachte und das den Grundstein zu seiner wissenschaftlichen Karriere legte.



Studierende an der Sciences Po

Der Bonus-Aspekt interessierte ihn immer mehr. Und wieder erhielt er die Gelegenheit, Mitarbeiter einer Bank über die Art und Einwirkung von Bonuszahlungen auf das Berufsleben zu befragen. Sein Buch „Working Rich“ beschäftigt sich mit dieser Thematik. Godechot beschreibt auffällige Unterschiede: „In den operativen Abteilungen der Banken werden die hohen Festgehälter um sehr gewichtige Jahresprämien aufgestockt. So verdienten 1999 bei einer Universalbank die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Finanzmarkt-Abteilungen ein Gehalt von jährlich 55.000 Euro, erhielten aber Bonuszahlungen von 103.000 Euro – im Vergleich zu 51.000 Euro Gehalt und 3.700 Euro Jahresprämie bei der Filialbank.“ Für eine kleine Elite seien die Einkommensniveaus noch erstaunlicher: „Eine Handvoll Chefs der Derivatenabteilungen in Paris bezog im Jahr 2000 eine Prämie von zehn Millionen Euro“, erzählt Godechot.

Auffällig seien die Bezüge nicht nur wegen ihrer Höhe, sondern auch wegen der Art ihrer Zuteilung. „Die individuelle Zuteilung des Bonus bleibt diskret und geheim. In den großen Banken kommt es selten zu einer Kopplung von Bonuszahlungen an individuelle Leistungen.“ Der Angestellte der Finanzabteilung müsse nicht nur jedes Jahr seinen eigenen Bonus mit dem Vorgesetzten aushandeln, sondern auch die Summe der Boni, die er für seine Untergebenen bekommt. „In der Verteilung der Bezüge, die weit davon entfernt ist, einem externen und langfristigen Regelsystem zu folgen, kristallisieren sich die alltäglichen Arbeitsverhältnisse und offenbaren sich die Tiefenstrukturen des internen Feldes von Finanzunternehmen“, resümiert Godechot.

Die Macht der immateriellen Vermögenswerte

Eine andere Frage, die ihn treibt, ist: Wieso ist der Finanzmarkt ein weitestgehend von Angestellten dominierter Wirtschaftszweig, „der dauerhaft vor dem utopischen, paradoxen Horizont seiner vollständigen Transformation in Angestelltenunternehmen operiert“? Godechot nennt Beispiele: Ende der Neunzigerjahre machten es die Rekordprämien zahlreichen Finanzoperatoren und -jongleuren möglich, sich vom Kapital zu befreien, indem sie

FORSCHERPORTRAIT :

ausschieden, „um mit ihren Assets unter dem Arm kleine Kooperativen von Angestellten zu gründen“. Darunter Hedgefonds, die aus nicht mehr als sechs Angestellten, Partnern oder Mitarbeitern bestanden. Oder Hedgefonds, die sicherlich meistens an Banken angeschlossen waren, „für die aber die Banken nicht mehr waren als Kapitalgeber“.

Auch der Einfluss, den die Chefs von Börsenhandelsabteilungen haben, sei für ein Finanzunternehmen bedrohlich, meint Godechot. Zum Beispiel der Leiter der Handelsabteilung im Derivat Handel: Wenn er kündigt, gehe er mit dem gesamten Know-how. Wenn er wolle, könne er gleich auch sein Team zu seinem neuen Arbeitgeber mitnehmen. „Im Unterschied zur Auto- oder Ölindustrie sind die immateriellen Werte leichter abzutrennen und zu transferieren“, meint Godechot.

Bronze für den Forscher

Seine Begeisterung für die Wirtschaftssoziologie wuchs immer mehr. So machte Godechot zunächst seinen Master für Soziologie und Statistik an der ENS-EHESS (École nationale supérieure – École des hautes études en sciences sociales) und wurde Mitglied des Centre Maurice Halbwachs und des Quantitative Sociology Laboratory. Seine Dissertation PhD in Soziologie begann er 1999 am „Conservatoire national des arts et métiers“ (CNAM) und schloss die Arbeit 2004 ab. Es folgte die Habilitation, die er 2013 an der Sciences Po erfolgreich beendete. Und: Für seine Forschungen erhielt er von der französischen Forschungsorganisation „Centre national de la recherche scientifique“ (CNRS) die Bronzemedaille.

Seine Arbeit am MaxPo steht erst am Anfang. Doch er ist voller Zuversicht: „Für mich ist die Forschung hier eine riesige Chance. Ich freue mich sehr auf die nächsten Jahre“, meint er. Neben Godechot und seiner deutschen Kodirektorin Cornelia Woll hat das MaxPo zurzeit vier Doktorandenstellen, eine der Doktorandinnen arbeitet zurzeit im Rahmen des Cotutelle-Programms am Kölner MPIfG. Zwei Mitarbeiter am MaxPo arbeiten in der Verwaltung, im April kommen zwei neue PhD-Studenden dazu und für ein halbes Jahr eine Rechercheassistentin. „Wir sind hier für unsere Forschungen personell gut ausgestattet“, freut sich Godechot.



Gast auf dem roten Sofa: Kodirektorin Cornelia Woll im Gespräch mit Doktorand Martino Comelli

Wasser aus der Weinflasche

Seit der Scheidung von seiner Frau vor zwei Jahren zieht er seine drei Kinder im Alter zwischen vier und dreizehn Jahren alleine groß. Das sei zwar auch in einem Land wie Frankreich, der Vorzeigeneration in Sachen Kinderbetreuung und Unterstützung von Frauen im Job, ungewöhnlich, aber so sei nun mal sein Leben. Zwei Tage die

FORSCHERPORTRAIT :

Woche hilft ihm eine Kinderfrau, mittwochnachmittags arbeitet er zuhause – in seiner Wohnung im Pariser Marais nahe dem Centre Pompidou.

Neben Forschung und Familie bleibt nicht viel Zeit für anderes. Er wandert gerne und träumt davon, eines Tages den Mont Blanc zu besteigen. Aber erst einmal will er sein Deutsch auffrischen. Auf der Schule hat er es sieben Jahre lang gelernt. Viel ist davon nicht übrig geblieben. Aber er will es verbessern, wenn er bald seine Kolleginnen und Kollegen in Köln besucht. Und wenn sie zu ihm kommen, werden sie nicht nur auf dem roten Sofa Platz nehmen, sondern auch von seinem ganz besonderen Wasser kosten dürfen: Weil er seine neuen roten Büromöbel schön schrill findet, macht er sich den Spaß, sein Trinkwasser, das er aus dem Wasserhahn abzapft, erst in Weinflaschen abzufüllen, bevor er es trinkt. „Das ist doch schick“, sagt er. Prost und *à votre santé!*

Martin Roos

Zum Weiterlesen

Godechot, O.:
Les Traders. Essai de sociologie des marchés financiers. Paris: La Découverte, 2001.

Godechot, O.:
Working Rich. Wages, Bonus and Appropriation of Profits in the Financial Industry. Chicago: Chicago

University Press, forthcoming. (Französisches
Original *Working Rich: Salaires, bonus et appropriation du profit dans l'industrie financière*. Paris: La Découverte, 2007)

- Persönliche Homepage von Olivier Godechot
<http://olivier.godechot.free.fr>

NACHRICHTEN :

Olivier Godechot ist neuer Kodirektor des MaxPo



Im Oktober 2013 wird Olivier Godechot seine Arbeit als Kodirektor am Max Planck Sciences Po Center on Coping with Instability in Market Societies (MaxPo) in Paris aufnehmen. Er tritt die

Nachfolge von Marion Fourcade an und wird das Center gemeinsam mit Cornelia Woll leiten. Godechot ist Wirtschaftssoziologe und wurde 2013 an der Sciences Po habilitiert. Sein Forschungsinteresse gilt vor allem den Arbeitsmärkten in der Finanzindustrie und der Wissenschaft sowie der Netzwerksoziologie. Am MaxPo wird er die Forschungsgruppe „Finanzialisierung in modernen Gesellschaften“ aufbauen.

- Forscherportrait S. 21
Website des MaxPo: www.maxpo.eu

Francesco Boldizzoni ist Scholar in Residence 2013/2014 am MPIfG

Francesco Boldizzoni ist Professor für Wirtschaftsgeschichte an der Universität Turin. In seiner Forschung beschäftigt er sich mit der historischen Entwicklung des Wirtschaftslebens und dessen intellektuellen Repräsentationen. Während seines Aufenthaltes am MPIfG in Köln im Wintersemester 2013/2014 bietet Boldizzoni drei Vorträge zur komplexen Dynamik moderner Wohlfahrtssysteme an. Er diskutiert die Interaktion zwischen kulturellen und materiellen Aspekten, die bei ihrer Entstehung eine Rolle gespielt haben und weitgehend verantwortlich sind für die Wahrnehmung von Instabilität in unseren Gesellschaften.



Das MPIfG lädt jährlich einen führenden Wissenschaftler aus den Politik-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften für sechs Monate an das Institut ein. Scholars in Residence

verfolgen ein Forschungsprojekt, das thematisch an die Schwerpunkte der Forschung am MPIfG anschließt.

- <http://tinyurl.com/boldizzoni>

Wolfgang Streeck ist Theodor Heuss Professor an der New School for Social Research



Wolfgang Streeck ist im akademischen Jahr 2013/2014 Theodor Heuss Professor für Politik an der New School for Social Research in New York. Während seines Aufenthaltes wird Streeck Seminare

zur Kapitalismustheorie- und zur sozialwissenschaftlichen Geldtheorie abhalten. Die Heuss-Proessur wurde vor fünfzig Jahren mit Mitteln der Bundesrepublik Deutschland eingerichtet und wird jährlich an einen deutschen Wissenschaftler aus den Bereichen Geschichte, Psychologie, Philosophie, Soziologie oder Wirtschaftswissenschaften vergeben.

„Vererben von unverdientem Vermögen“: Vierte gemeinsame Tagung von MPIfG und IW

Am 2. November 2013 luden das MPIfG und das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) zur Tagung „Vererben von unverdientem Vermögen: Wege zur intergenerationalen Gerechtigkeit in Deutschland“ in die Räume des IW ein. Im Mittelpunkt der inzwischen vierten gemeinsamen Tagung standen die Themen Legitimität von Vererbung, Chancengerechtigkeit durch Aufstiegsmobilität, die intergenerationale Reproduktion der globalen Vermögenselite sowie der Beitrag von Erbschaften zum gesellschaftlichen Zusammenhalt. Die Ergebnisse der Tagung fließen in die Arbeit der IW-Forschungsgruppe „Markt und Staat“ ein, deren Kooperationspartner das MPIfG ist.

- Konferenzbericht S. 32

NACHRICHTEN :

Tagung zur Politischen Ökonomie der Ungleichheit

Am 10. und 11. Oktober 2013 trafen sich die Mitglieder der Sektion „Politische Ökonomie“ der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft zu ihrer Jahrestagung zum Thema „Politische Ökonomie der Ungleichheit“ am MPIfG. Auf der Basis von fünfzehn wissenschaftlichen Beiträgen wurden die Dimensionen, Ursachen und Auswirkungen von Ungleichheit diskutiert. Organisiert wurde die von den WSI-Mitteilungen und dem MPIfG geförderte Tagung von Hans-Jürgen Bieling (Universität Tübingen), Tobias ten Brink (Universität Frankfurt), Reimut Zohlnhöfer (Universität Heidelberg) und Armin Schäfer (MPIfG).

Fachtagung zur Mikrofinanz: Kritische Diskussion unter Experten



Am 12. und 13. August 2013 trafen sich Expertinnen und Experten der Mikrofinanz aus Wissenschaft, Entwicklungsorganisationen, Genossenschaftswesen und Medien zur Fachtagung „Drei Jahrzehnte neoliberale Entwicklungspolitik und Mikrofinanz: Eine Bilanz“ am MPIfG. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer unternahmen eine kritische Bestandsaufnahme der Mikrofinanzindustrie im Kontext der globalen Entwicklungspolitik sowie der andauernden Krise des Kapitalismus, evaluierten alternative Strategien der Nord-Süd-Zusammenarbeit und diskutierten Lösungsansätze. Die Ergebnisse der von Philip Mader, Wissenschaftler am MPIfG, und Gerhard Klas, Journalist in Residence am MPIfG, organisierten Tagung fließen unter anderem in eine wissenschaftlich fundierte Vertiefung der Kritik an der Mikrofinanz und deren Einordnung in einen brei-

teren sozioökonomischen Kontext ein. 2014 wird ein Buch auf Basis der Fachtagung erscheinen.

● Konferenzbericht S. 33

Workshop: „Privatisierung und Vermarktlichung von sozialen Dienstleistungen“

Der dritte Doktorandenworkshop der Deutschen Sektion des European Network for Social Policy Analysis (ESPANet) fand am 14. und 15. November 2013 am MPIfG statt. Die Veranstaltung unter dem Titel „Privatisierung und Vermarktlichung von sozialen Dienstleistungen“ brachte Nachwuchs- und Seniorwissenschaftler aus verschiedenen Ländern zusammen. Die teilnehmenden Doktoranden stellten ihre Forschungsprojekte vor, die sich mit den Ursachen und Auswirkungen von Privatisierung und Liberalisierung von ehemals staatlichen Dienstleistungen in Bereichen wie Gesundheitswesen, Bildung und Altenpflege beschäftigen. Die Tagung wurde von Annette Henninger (Universität Marburg), Simone Leiber (FH Düsseldorf), Sascha Münnich (Universität Göttingen) und Thomas Paster (MPIfG) organisiert und von der Sektion „Sozialpolitik“ der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (DGS) und dem MPIfG gefördert.

● ESPANet-Workshop
<http://tinyurl.com/espanet-mpifg>

„Die sichtbare Hand des Marktes“: Institutstag 2013 des MPIfG

Wie verändern Märkte Gesellschaft heute? Reicht das Instrumentarium der Sozial- und Politikwissenschaft aus, um die gegenwärtige Situation zu erfassen? Dies waren die zentralen Fragen des Institutstags, der am 7. und 8. November 2013 mit rund neunzig Teilnehmerinnen und Teilnehmern zum sechsten Mal stattfand. Hanspeter Kriesi (Europäisches Hochschulinstitut, Florenz) eröffnete die Tagung mit einem Vortrag über die politischen Folgen der Finanzkrise in Europa. Unter der Überschrift „All In! Die öffentliche Hand beim Pokerspiel“ diskutierten Dennis Spies und Christine Trampusch (Universität zu Köln) die Risi-

NACHRICHTEN :

ken öffentlicher Derivat- und Swapgeschäfte. Annette Hübschle-Finch und Matías Dewey, Wissenschaftler der Forschungsgruppe „Illegale Märkte“ am MPIfG, präsentierten Erkenntnisse ihrer Feldforschungen über den illegalen Markt für Rhinozeroshorn und „La Salada“ in Buenos Aires. In seinem Abschlussvortrag zeigte Stephan Leibfried (Universität Bremen), wie die Tendenz zur „Zerfaserung“ des Staates sich in der politikwissenschaftlichen Theoriediskussion reflektiert.

● Konferenzbericht S. 34

Neuer Vorstand des Vereins der Freunde und Ehemaligen des MPIfG

Im Rahmen des Institutstags 2013 trafen sich die Mitglieder des Vereins der Freunde und Ehemaligen des MPIfG und wählten Jürgen Beyer (Universität Hamburg), Werner Eichhorst (Institut zur Zukunft der Arbeit Bonn) und Norbert Kluge (Hans Böckler Stiftung, Düsseldorf) neu in ihren Vorstand. Uwe Schimank (Universität Bremen) wurde in seinem Amt bestätigt. Werner Eichhorst wird die Funktion des Sprechers wahrnehmen.

Armin Schäfer erhält MPIfG Zeitschriftenpreis 2013



Den diesjährigen Zeitschriftenpreis des Vereins der Freunde und Ehemaligen des MPIfG erhält Armin Schäfer für seinen Artikel „Beeinflusst die sinkende Wahlbeteiligung das Wahlergebnis? Eine Analyse kleinräumiger Wahldaten in deutschen Großstädten“ (Politische Vierteljahresschrift 53, 2012). Der Preis ist mit 750 Euro dotiert und wird für den besten Artikel einer Mitarbeiterin oder eines Mitarbeiters des MPIfG

in einer begutachteten Fachzeitschrift vergeben. Armin Schäfer ist seit 2001 Wissenschaftler am MPIfG.

Mark Lutter im Beirat von Sociology



Mark Lutter wurde im September 2013 in den Beirat des Journals *Sociology* berufen. Die Zeitschrift ist das Flaggschiff-Journal der Britischen Gesellschaft für Soziologie (British Sociological

Association) und gehört zu den international wichtigsten Zeitschriften für soziologische Forschung. Die Berufung gilt bis 2016. Lutter ist seit 2007 wissenschaftlicher Mitarbeiter am MPIfG.

Peter Mair Prize 2013 für Gregor Zons

Gregor Zons erhält den Peter Mair Prize der ECPR PhD Summer School on Political Parties and Democracy, die im September 2013 in Lüneburg stattfand. Der von der Zeitschrift *Party Politics* gesponserte Preis wird jährlich für den besten Aufsatz der Summer School verliehen. In seinem Aufsatz untersucht Gregor Zons, inwiefern sich die Implikationen des Konzepts der Nischenpartei empirisch bestätigen lassen.



Gregor Zons ist seit 2010 Doktorand der Graduiertenschule IMPRS-SPCE in Köln.

Mehr Nachrichten aus dem MPIfG

www.mpifg.de/aktuelles/nachrichten_de.asp

NEUERSCHEINUNGEN :

Bücher, Journal Articles und Discussion Papers

MPIfG Bücher



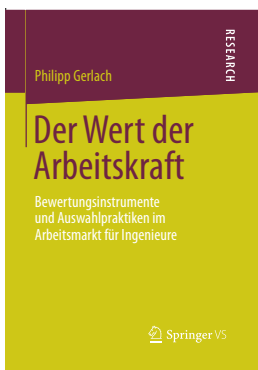
Benjamin Werner

Der Streit um das VW-Gesetz: Wie Europäische Kommission und Europäischer Gerichtshof die Unternehmenskontrolle liberalisieren

Frankfurt a.M.: Campus, 2013 | 223 Seiten

ISBN 978-3-593-39995-9 | 34,90 Euro

Eine Vereinheitlichung der Unternehmenskontrollsysteme in der EU ist bis heute an den gegensätzlichen Interessen der Mitgliedstaaten gescheitert. Inzwischen haben die Europäische Kommission und der Europäische Gerichtshof begonnen, eigenständig marktliberale Vorgaben zur Regulierung der Unternehmenskontrolle durchzusetzen. Benjamin Werner rekonstruiert diese Entwicklung anhand der Auseinandersetzungen um „Goldene Aktien“ und das deutsche VW-Gesetz. Dabei deckt er die politischen Bedingungen auf, die es den supranationalen Organen ermöglichen, bedeutende Integrationsfortschritte gegen den Willen der Mitgliedstaaten zu erzielen.



Philipp Gerlach

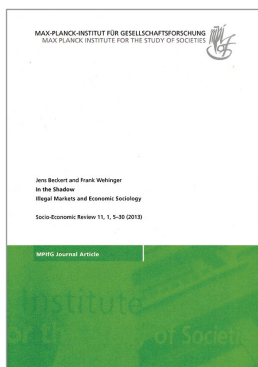
Der Wert der Arbeitskraft: Bewertungsinstrumente und Auswahlpraktiken im Arbeitsmarkt für Ingenieure

Wiesbaden: Springer VS, 2014 | 284 Seiten

ISBN 978-3-658-04267-7 | 39,99 Euro

Am Beispiel von Ingenieuren in der deutschen und französischen Automobilindustrie untersucht Philipp Gerlach, mithilfe welcher Werkzeuge und Verfahren Personalentscheider zu einem Urteil über die Eignung von Bewerbern kommen. Form und Inhalt der identifizierten Auswahlarrangements können nur im Zusammenhang mit dem sinnvollen Umgang mit Unsicherheit sowie der Notwendigkeit, Entscheidungen zu legitimieren und deren Unpersönlichkeit herzustellen, angemessen verstanden werden. Der Wunsch, einem normativen Ideal rational-systematischer Entscheidungsfindung zu entsprechen, gerät in Konflikt zur Vorliebe für informelle Auswahlpraktiken. Das Wechselspiel formalisierter und informeller Entscheidungsmodi prägt das Bild der betrieblichen Personalauswahl.

NEUERSCHEINUNGEN :



- Abstracts und Download
www.mpifg.de/pu/journal_articles_de.asp

MPIfG Journal Articles

Jens Beckert

Capitalism as a System of Expectations: Toward a Sociological Microfoundation of Political Economy. In: *Politics and Society* 41(3), 2013, 323–350.

Thomas Kalinowski

Regulating International Finance and the Diversity of Capitalism. In: *Social Economic Review* 11(3), 2013, 471–496.

Thomas Paster

Why Did Austrian Business Oppose Welfare Cuts? How the Organization of Interests Shapes Business Attitudes Toward Social Partnership. In: *Comparative Political Studies*. First published online: 25 June 2013.

Thomas Paster

Business and Welfare State Development: Why Did Employers Accept Social Reforms? In: *World Politics* 65(3), 2013, 416–451.

Martin Schröder

Should I Stay or Should I Go? How Moral Arguments Influence Decisions about Offshoring Production. In: *Economic and Industrial Democracy* 34(2), 2013, 187–204.

Wolfgang Streeck

The Politics of Public Debt: Neoliberalism, Capitalist Development and the Restructuring of the State. In: *German Economic Review*. First published online: 2 August 2013.

Cornelia Woll

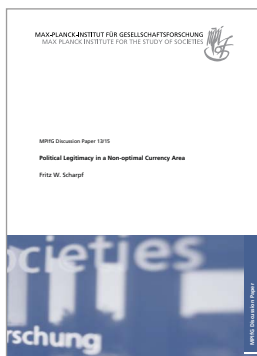
Saving the Banks: The Political Economy of Bailouts (with Emiliano Grossman). In: *Comparative Political Studies* 47(6). First published online: 11 June 2013.

MPIfG Discussion Papers

Lukas Haffert and Philip Mehrrens

From Austerity to Expansion? Consolidation, Budget Surpluses, and the Decline of Fiscal Capacity. MPIfG Discussion Paper 13/16.

NEUERSCHEINUNGEN :



Fritz W. Scharpf

Political Legitimacy in a Non-optimal Currency Area. MPIfG Discussion Paper 13/15.

Helen Callaghan und Alexandra Hees

Wirtschaftsnationalismus im Wandel der Zeit: Der politische Diskurs um ausländische Unternehmensübernahmen in Großbritannien seit den 1950er-Jahren. MPIfG Discussion Paper 13/14.

Inga Rademacher

Tax Competition in the Eurozone: Capital Mobility, Agglomeration, and the Small Country Disadvantage. MPIfG Discussion Paper 13/13.

Olga Malets

The Effectiveness of Transnational Non-state Governance: The Role of Domestic Regulations and Compliance Assessment in Practice. MPIfG Discussion Paper 13/12.

Renate Mayntz

Financial Market Regulation in the Shadow of the Sovereign Debt Crisis. MPIfG Discussion Paper 13/11.

Aldo Madariaga

Mechanisms of Institutional Continuity in Neoliberal “Success Stories”: Developmental Regimes in Chile and Estonia. MPIfG Discussion Paper 13/10.

Mark Lutter

Is There a Closure Penalty? Cohesive Network Structures, Diversity, and Gender Inequalities in Career Advancement. MPIfG Discussion Paper 13/9.

● Abstracts und
Download
[www.mpifg.de/pu/
discpapers_de.asp](http://www.mpifg.de/pu/discpapers_de.asp)



MaxPo Discussion Papers

Olivier Godechot

Le salaire dépend-il du sexe du supérieur ? MaxPo Discussion Paper 13/4.

Olivier Godechot and Zinaida Salibekyan

Should We Clash or Should I Go? The Impact of Low Wage and Bad Working Conditions on the Exit–Voice Trade-off. MaxPo Discussion Paper 13/3.

● Download
[www.maxpo.eu/
publications.asp](http://www.maxpo.eu/publications.asp)

Aktuelle Publikationen des MPIfG
www.mpifg.de/pu/mpifg_pub_de.asp

VERANSTALTUNGEN :

Konferenzberichte und Vorschau 2014

Vererben von unverdientem Vermögen? Wege zur intergenerationalen Gerechtigkeit in Deutschland

IV. Wissenschaftliche Tagung mit dem Institut der deutschen Wirtschaft

14. November 2013

Bereits zum vierten Mal trafen sich Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) und des MPIfG mit dem Ziel, den Austausch zwischen Wissenschaftlern beider Institutionen zu vertiefen. Im Mittelpunkt der Tagung standen die Themen Legitimität von Vererbung, Chancengerechtigkeit durch Aufstiegsmobilität, die intergenerationale Reproduktion der globalen Vermögenselite sowie der Beitrag von Erbschaften zum gesellschaftlichen Zusammenhalt.



Das Institut der deutschen Wirtschaft in Köln

In einem Impulsreferat über „Unverdientes Vermögen?“ zeigte *Jens Beckert* (MPIfG) den Zusammenhang von Sozialstruktur und Erbe und wies auf die Vielfalt von Wertordnungen aus vergleichender Perspektive hin. Zwei Drittel des vererbten Vermögens in Deutschland entfielen auf nur zwanzig Prozent der Erben. Erbschaften seien ein ohne persönliche Leistung erlangter Vermögenszuwachs. In Deutschland würde seit jeher das Familienprinzip (und nicht etwa sozialstaatliche Überlegungen) dominieren: Der Erblasser gebe sein Vermögen innerhalb der Familie weiter, Umverteilungsabsichten seien im politischen Diskurs sekundär.

In seinem Koreferat unterschied *Rolf Kroker* (IW) Erbschaften nach Vererbungsmotiven: Möglicherweise hätten Erblasser nicht den expliziten Wunsch, Vermögen zu vererben (Zufallserbschaft), sie könnten aus Interesse am Wohlergehen ihrer Kinder erben (altruistische Erbschaft), Vererbung stifte manchmal den letzten Nutzen im Leben (paternalistische Erbschaft) und schließlich könne das Erbe dazu dienen, sich das Wohlverhalten der Nachkommen noch zu Lebzeiten zu erkaufen (strategische Erbschaft). Aus ökonomischer Sicht würde Steuereffizienz nur eindeutig im Falle der selten auftretenden Zufallserbschaft vorliegen.

In einem weiteren Vortrag diskutierte *Hans-Peter Klös* (IW) die Aufstiegsgerechtigkeit in Deutschland anhand der Einkommens- und Bildungsmobilität. Einem Viertel aller Personen gelinge binnen eines Jahres der Aufstieg aus der untersten Einkommensschicht; die Bildungschancen jüngerer Menschen hätten sich verbessert, so sein Fazit. In seiner Replik bot *Armin Schäfer* (MPIfG) eine alternative Betrachtungsweise an, die anhaltende ungleiche Bildungschancen identifizierte. Angesichts der Unterfinanzierung des Bildungssystems sei Chancengleichheit für alle nur durch Umverteilung möglich.

Brooke Harrington (Copenhagen Business School) stellte Ergebnisse aus ihrer am MPIfG begonnenen Feldstudie zu professionellen Vermögensverwaltern vor. Diese Treuhandverwalter seien global aktiv und bedienten sich rechtlicher Instrumente (Trusts, Stiftungen), um ihre superreiche Klientel vor staatlichen Eingriffen zu schützen. Außerdem förderten sie die Abkoppelung der Geldelite vom Rest der Bevölkerung. Aus der Sicht von *Michael Voigtländer* (IW) bestätigten diese Befunde, dass eine national regulierte Erbschaftsteuer nicht notwendig sei, da insbesondere Reiche den Staat leicht täuschen könnten.

In einem abschließenden Vortrag nahm sich IW-Direktor *Michael Hüther* aus einer phänomenologischen Perspektive dem Thema „Weltzeit und Lebenszeit“ an. Erbe sei eine Möglichkeit, Widersprüche zwischen der über das menschliche Leben hinausgehenden, die Welt bestimmenden Zeit und der vom einzelnen Menschen erfahrenen Zeit zu überwinden. Schließlich

VERANSTALTUNGEN :

stärkten Erbschaften den Verantwortungszusammenhang zwischen dem Individuum, der Familie, der Gesellschaft sowie dem Staat und etablierten einen Generationenverbund auf Lebenszeit. *Christine Trampusch* (Universität zu Köln) stellte diese Interpretation infrage. Durch Nichtbesteuerung könne kein Generationenverbund hergestellt werden. Rein lebensweltlich würde das Erbe die Spannung zwischen Lebens- und Weltzeit nicht mindern, sondern viel eher verschärfen.

Kontroverse Standpunkte prägten folglich die Konferenz: Jens Beckert forderte Erbschaften in die Einkommenssteuer mit einzubeziehen, aber gleichzeitig Freibeträge zu berücksichtigen. Hiergegen wurde argumentiert, dass die Erbschaftssteuer eine Substanzsteuer sei, deren Erhöhung Liquiditätsentzüge mit sich bringe. Zudem könne sie die Unternehmensnachfolge bedrohen. Einigkeit herrschte bei dem Wunsch nach einem stärkeren Steuerbeitrag Reicher.

Philipp Korom

Drei Jahrzehnte Mikrofinanz und neoliberale Entwicklungspolitik – eine Bilanz

Tagung, 12. und 13. August 2013

Mittels Mikrofinanz werden überwiegend Kredite an arme Menschen in Entwicklungsländern vertrieben. Damit ist die Hoffnung verbunden, die Armut in diesen Ländern lindern zu können. Auf der Fachtagung „Drei Jahrzehnte Mikrofinanz und neoliberale Entwicklungspolitik – eine Bilanz“ setzten sich etwa vierzig Teilnehmerinnen und Teilnehmer verschiedener entwicklungspolitischer Organisationen sowie Universitäten und Forschungsinstituten aus dem In- und Ausland kritisch mit den Folgen der wachsenden Mikrofinanzindustrie im Kontext globaler Entwicklungspolitik und andauernder Kapitalismuskrisis auseinander. Programmhöhepunkte waren das Auftakt- und Abschlusspodium, bei denen der derzeitige Erkenntnisstand zu Mikrofinanz und neoliberaler Entwicklungspolitik sowie das Spektrum möglicher Alternativen

diskutiert wurden. In acht durch Impulsreferate eingeleiteten Workshops wurde teils kontrovers über Probleme und Lösungen debattiert.

Das Auftaktpodium behandelte den wissenschaftlichen Forschungsstand zu Mikrofinanzprogrammen und stellte kritisch die Frage nach ihrem Nutzen. *Maren Duvendack* (Overseas Development Institute, London) resümierte das Ergebnis ihrer bisherigen Forschungsarbeit: „Es gibt keine überzeugenden Beweise, ob Mikrofinanzprogramme armen Menschen nutzen oder schaden.“ Es sei wichtig, dass Mikrofinanzprojekte keinesfalls alternative Ansätze verdrängten. *Ulrike Schultz* (Freie Universität Berlin) wies auf die vielfältigen indigenen Finanzmodelle vor allem in Afrika hin und stellte die Notwendigkeit formeller Mikrofinanzinstitutionen infrage, die unter anderem zu Verschuldungsfallen und einer „Feminisierung von Verantwortung“ – das heißt eine verstärkte Verlagerung von Verantwortung an Frauen – führten. *Werner Raza* (Österreichische Forschungstiftung für Internationale Entwicklung, Wien) erläuterte grundlegende Probleme bei der Schaffung lokaler wirtschaftlicher Entwicklung. Die Mikrofinanz schaffe weder stabile Einkommensquellen noch genügend neue Arbeitsplätze. Die Journalistin und Autorin *Kathrin Hartmann* kritisierte insbesondere das neue Phänomen „sozialen Unternehmertums“, das es großen Konzernen ermögliche, unter dem Deckmantel der Armutsreduktion Förderung vom Staat und von Nichtregierungsorganisationen zu erhalten, um neue Märkte zu erschließen.

In den anschließenden Workshops diskutierten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer unterschiedliche Aspekte der Mikrofinanz-Idee: Der Workshop „Kom-



VERANSTALTUNGEN :

merzialisierung und Abwendung vom Ziel der Armutsbekämpfung“ von *Sophia Cramer* (Universität Bielefeld) befasste sich mit dem Bestreben, Mikrofinanzwachstum durch Beteiligung privater Investoren zu fördern, was eine Fokussierung auf quantitative, betriebswirtschaftliche Indikatoren nach sich zöge. Der Workshop „Frauen und Mikrokredite: Durch Schulden *empowert?*“ von *Christa Wichterich* (Universität Kassel) untersuchte dagegen, wie die privatwirtschaftliche Mikrofinanz zu einer „Finanzialisierung des Alltagslebens“ geführt hat. *Philip Mader* und *Daniel Mertens* (MPIfG) fragten in einem weiteren Workshop, ob „Schulden als Kompensationsmechanismus im Norden und Süden“ systematisch zum Einsatz gekommen seien, seit ab den Achtzigerjahren Sozialprogramme zurückgefahren wurden und sich das Wirtschaftswachstum verlangsamt hat. *Andrea Rahaman* (NGO Mati, Mymensingh, Bangladesch) widerlegte in ihrem Workshop „Die ‚Wiege‘ der Mikrofinanz: Dichtung und Wahrheit in Bangladesch“ Mythen, die sich um die Grameen Bank und Muhammad Yunus ranken.

Philipp Degens (Universität zu Köln) lieferte im Workshop „Mikroversicherungen“ einen Überblick dieses Marktes, der auf Policen mit kleinen Prämien und geringen Leistungen basiere. Zentrale Säule seien bis heute Kreditausfallversicherungen, die hauptsächlich den Gläubigern Schutz böten. Im Workshop „Gute Mikrofinanz – schlechte Mikrofinanz?“ von Journalist und Buchautor *Gerhard Klas* durchleuchteten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer verschiedene Formen der Kreditvergabe und die Struktur der Industrie. Dazu reflektierte *Roy Karadag* (Universität Bremen) in seinem Workshop „Neoliberalismus versus Demokratie“ die theoretischen Grundlagen des aktuellen Wirtschaftssystems. Im Workshop „Wer braucht überhaupt ‚Entwicklung?‘“ enthüllte *Aram Ziai* (Zentrum für Entwicklungsforschung, Bonn) „Entwicklung“ als schwammigen Begriff, mit dem man Armut und Ungleichheit nicht verstehen könne und in dessen Namen zahlreiche Interventionen mit negativen Folgen durchgeführt worden seien.

Das Abschlusspodium stellte die Scheinlösungen der Mikrofinanz und des neoliberalen Entwicklungspara-

digmas möglichen Alternativen gegenüber. Einzelne Teilnehmerinnen und Teilnehmer berichteten hier aus ihrer praktischen Arbeit und ihren Erfahrungen vor Ort. Die Bilanz von drei Jahrzehnten Mikrofinanz und neoliberaler Entwicklungspolitik fiel entschieden negativ aus und stellt eine grundsätzliche Kritik an dieser Form der Armutsbekämpfung dar. Die Mehrheit der Teilnehmerinnen und Teilnehmer beurteilte die Mikrofinanz als den gescheiterten Versuch, durch die Ausweitung des Finanzmarkts wirtschaftliche und soziale Entwicklung zu fördern.

Gerhard Klas, Philip Mader

- Resümee der Konferenz:
<http://tinyurl.com/resuemee-mikrofinanz>
- Klas/Mader (Hg.): Rendite machen und Gutes tun? Erscheint 2014 im Campus Verlag:
<http://tinyurl.com/KlasMader>

Die sichtbare Hand des Marktes: Bürger, Kommunen und Staat als Akteure

Institutstag 2013 des MPIfG

7. und 8. November 2013



Das MPIfG lud im November 2013 zum sechsten Institutstag nach Köln ein. Rund neunzig Wissenschaftler und Vertreter aus Politik, Gesellschaft und Wirtschaft nahmen teil. Die zweitägige Veranstaltung wird gemeinsam vom MPIfG und dem Verein der Freunde und Ehemaligen des MPIfG getragen.

Der Institutstag wurde mit einem Vortrag von *Hanspeter Kriesi* (Europäisches Hochschulinstitut, Florenz)

VERANSTALTUNGEN :



eröffnet, der die politischen Folgen der Finanzkrise in Europa beleuchtete. Gestützt auf empirische Analysen zum Wahlverhalten der Bevölkerung in den europäischen Ländern zeigte Kriesi einen engen Zusammenhang zwischen der ökonomischen Entwicklung und Verschiebungen der parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse auf. Vor allem in den von der Wirtschaftskrise am stärksten betroffenen südeuropäischen Ländern lässt sich ein dramatischer Machtverlust der bislang dominierenden sozialdemokratischen und konservativen Volksparteien feststellen. Gewinner sind extreme Parteien auf der Rechten und Linken sowie populistische Gruppierungen; die Folge sind erhebliche Schwierigkeiten bei der Regierungsbildung.

Der folgende Vortrag trug den vielversprechenden Titel „All In! Die öffentliche Hand beim Pokerspiel“. Referenten waren *Christine Trampusch* – früher wissenschaftliche Mitarbeiterin des Instituts, jetzt MPIfG-Brückenprofessorin an der Universität zu Köln – und *Dennis C. Spies* (Universität zu Köln). Auch die öffentliche Hand hat, wie die Referenten anhand ihrer Fallstudien über die Reorganisation des Schuldenmanagements der deutschen Bundesregierung sowie der Kommunen des Landes Nordrhein-Westfalen zeigten, längst mit dem „Pokerspielen“ begonnen, indem die Schuldenverwaltung – mit nicht unwesentlicher Unterstützung der Banken – auf finanzwirtschaftliche Gewinn-/Risikokalküle umgestellt wurde. Die versprochene Senkung der Schuldenlast trat freilich keineswegs in allen Fällen ein. Manche Kommunen verspekulierten sich und fuhren erhebliche Verluste ein. Der Beitrag zeigte, dass die viel zitierten Prozesse der „Finanzialisierung“ auch vor der öffentlichen Verwaltung nicht haltmachen. Über die normative Beurtei-

lung dieses Befundes entwickelte sich eine kontroverse Diskussion.

Am folgenden Vormittag stand zunächst die Präsentation von Forschungsprojekten der von Jens Beckert geleiteten Forschungsgruppe „Illegale Märkte“ im Mittelpunkt. *Annette Hübschle-Finch* gab einen faszinierenden Einblick in ihre Feldstudien über Märkte für illegal erbeutetes Rhinozeroshorn in Südafrika und Asien. *Matías Dewey* stellte seine auf teilnehmender Beobachtung beruhende Studie über den Markt „La Salada“ bei Buenos Aires vor, auf dem unter anderem lokal produzierte Fälschungen von Markentextilien verkauft werden, und entwickelte anregende theoretische Interpretationen. Wie schwer die Grenzen zwischen den „legalen“ und den „illegalen“ Seiten von Märkten zu ziehen sind, war Thema der anschließenden Debatte.

Die Hand des Staates – dieser Eindruck ergab sich aus den bisherigen Diskussionen der Tagung – hat im Zuge der seit längerem zu beobachtenden Tendenzen zur Finanzialisierung und Deregulierung der Märkte deutlich an Sichtbarkeit eingebüßt. Wie diese Tendenz zur „Zerfaserung“ des Staates sich in der politikwissenschaftlichen Theoriediskussion reflektiert, war Thema des abschließenden Vortrages von *Stephan Leibfried* (Universität Bremen), der auch auf die Ergebnisse eines in Bremen angesiedelten DFG-Sonderforschungsbereichs Bezug nahm. Auch in der Politikwissenschaft – so die Botschaft des Referenten – wird das klassische Bild des Staates als kohärenten Kollektivakteurs mit immer größerer Skepsis gesehen. An seine Stelle treten komplexe Mehrebenenszenarien, in denen staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure in je unterschiedlicher Weise interagieren. Über die daraus zu ziehenden Folgerungen ergab sich wiederum eine lebhaft Diskussion.

Insgesamt war es eine höchst anregende Tagung, die die Stärken der am MPIfG gepflegten Verbindung von sozialwissenschaftlicher Theorie und Gegenwartsdiagnose erneut deutlich gemacht hat.

Christoph Deutschmann

VERANSTALTUNGEN :



Scholar in Residence Lectures 2014

The Making and Breaking of Welfare States

Francesco Boldizzoni

In his MPIfG lectures, Francesco Boldizzoni addresses a central issue of our time from a historical perspective. The evolution of welfare systems in the Western world has been the product of cultural variables and material forces. The former include deep-seated attitudes toward poverty and concepts of the state that can be traced back to the early modern period. The latter are intrinsic to capitalist development in as much as it rests on Marx's and Weber's mechanical foundations. The interaction between the cultural and the material is itself problematic. It is largely responsible for the sense of instability that dominates our societies and, at the same time, warns the social scientist against the temptations of crystal-ball prediction. While history provides no guidance to the future, it can help make sense of this dynamic complexity.

Mittwoch, 29. Januar 2014

The Early Modern Origins of Modern Welfare Systems

Mittwoch, 5. Februar 2014

Reframing Justice in the Age of Revolution

Mittwoch, 12. Februar 2014

Can Welfare Survive? Capitalism, Socialism, and the Post-Industrial Order

Vorträge 2014

Donnerstag, 16. Januar 2014

Distributive Conflict in Post-Industrial Societies: Preferences and Politics in Dualized Labor Markets
Silja Häusermann, Universität Zürich

Donnerstag, 30. Januar 2014

Prediction as a Source of Social Power: The History of Forecasting from the RAND Corporation to the Financial Crisis
Jenny Andersson, Sciences Po, Paris

MPIfG Lectures zum Nachhören

Ausgewählte Beiträge der Reihen öffentlicher Vorträge und weiterer Veranstaltungen des MPIfG stehen jetzt online als Audio-Podcasts zur Verfügung. Podcasts der Veranstaltungen ab 2012 können Sie abrufen unter:

● www.mpifg.de/aktuelles/veranstaltungen/podcasts_de.asp

Videos der Beiträge zu den Institutstagen finden Sie unter:

● www.mpifg.de/aktuelles/veranstaltungen/institutstag_de.asp

Aktuelle Veranstaltungen am MPIfG
www.mpifg.de/aktuelles/veranstaltungen_de.asp

IMPRESSUM

Der Newsletter „Gesellschaftsforschung“ ist ein kostenloser Service, der Sie zweimal im Jahr per E-Mail-Versand über Forschungsergebnisse, Publikationen, Veranstaltungen und vieles mehr aus dem MPIfG informiert. Abonnement und weitere Ausgaben unter www.mpifg.de/newsletter

© Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung
Köln, Dezember 2013

In Absprache mit der Redaktion frei zum Nachdruck.
Abdruck nur mit Quellenangabe.

Herausgeber

Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung
Paulstr. 3 | 50676 Köln
Tel. 0221 2767-0
www.mpifg.de | info@mpifg.de

Redaktion

Helen Callaghan, Silvia Oster,
Christel Schommertz (verantw.)

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autorin oder des Autors wieder und sind nicht als offizielle Stellungnahme des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung zu verstehen.

Bildnachweis

ullstein bild/CARO/Erich Häfele Titel; Reuters/Mal Langsdon 2; ullstein bild/Jens Köhler 3; MPIfG/Christoph Seelbach 5, 36; ullstein bild/vario images 8; ullstein bild/AKG 9; picture alliance/Revierfoto 11; MPIfG/Astrid Dünkelfmann 13, 17, 18, 20, 24, 27, 28 r., 33; www.rolfmuetzenich.de 14; MPIfG/Annette Hübschle-Finch 16; MPIfG/Nina Engwicht 19 o. ; MPIfG/Matías Dewey, Sarah Pabst 19 u.; MaxPo/Silvia Pourquié 21, 26; Sciences Po/Stéphanie Lacombe 22, 23; Università degli Studi di Torino 26; MPIfG/Jürgen Bauer 26; MPIfG/Wolfgang Hankeln 28 l., 34, 35; IW Köln 32

Gestaltung

zefo – Zentrum für Forschungskommunikation, Köln

Satz

Jeanette Störtte, Berlin

Das MPIfG

Das Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung ist eines der rund achtzig Institute der Max-Planck-Gesellschaft e.V., die von Bund und Ländern finanziert wird. Als eine Einrichtung der Spitzenforschung in den Sozialwissenschaften betreibt es anwendungsorientierte Grundlagenforschung mit dem Ziel einer empirisch fundierten Theorie der sozialen und politischen Grundlagen moderner Wirtschaftsordnungen. Im Mittelpunkt steht die Untersuchung der Zusammenhänge zwischen ökonomischem, sozialem und politischem Handeln. Das Institut schlägt eine Brücke zwischen Theorie und Politik und leistet einen Beitrag zur politischen Diskussion über zentrale Fragen moderner Gesellschaften. Es ist bei der Auswahl und Verwirklichung seiner Forschungsvorhaben frei und unabhängig.

MPIfG Jahrbuch 2013–2014

Das Jahrbuch erscheint alle zwei Jahre und informiert mit anschaulichen Artikeln über aktuelle Forschungsprojekte. Die neue Ausgabe berichtet unter anderem über die Aufholjagd Chinas zur zweitgrößten Volkswirtschaft der Welt, die negativen Auswirkungen der Mikrokredite im globalen Süden und die Reproduktion sozialer Ungleichheit durch die Vererbung von Vermögen.

● Download
www.mpifg.de/pu/ueber_mpifg_de.asp

Bestellung
info@mpifg.de

